

Besprechungen

Frankfurter Beiträge zur Soziologie. Im Auftrag des Instituts für Sozialforschung herausgegeben von Th. W. Adorno und W. Dirks. Bd. I: Sociologica. Aufsätze, Max Horkheimer zum 60. Geburtstag gewidmet. 470 S. Bd. II: Gruppenexperiment. Ein Studienbericht bearbeitet von Fr. Pollock. 559 S. Bd. III: Betriebsklima. Eine industriesoziologische Untersuchung aus dem Ruhrgebiet. 120 S. Bd. IV: Soziologische Exkurse. Nach Vorträgen und Diskussionen. 181 S. Bd. V: Fr. Pollock: Automation. Materialien zur Beurteilung der ökonomischen und sozialen Folgen. 318 S. Bd. VI: Freud in der Gegenwart. Ein Vortragszyklus der Universitäten Frankfurt und Heidelberg zum 100. Geburtstag. 447 S. Frankfurt am Main 1955 bis 1957. Europäische Verlagsanstalt.

1932 während der Weltwirtschaftskrise erschien das erste Heft der „Zeitschrift für Sozialforschung“. Von Max Horkheimer herausgegeben, kündete es von den neuen Intentionen des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main, dessen Interesse sich anfangs, unter der Leitung von Carl Grünberg, der Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung zugewandt hatte. Nunmehr trat die Arbeit an der Gesellschaftstheorie in den Vordergrund. Mittels der besten Methoden moderner sozialwissenschaftlicher Forschung sollten die Tatsachen untersucht werden, die der Gegenwart eigentümlich sind. Zugleich aber sollten Methoden und Tatsachen dem Lichte eines Denkens ausgesetzt werden, das, an die große bürgerliche Philosophie, an Hegel, aber auch an Marx und Freud sich haltend, nach dem historisch sich wandelnden, zwieschlächtigen Wesen der bürgerlichen Welt fragt, das die Beziehungen der Menschen und ihre Institutionen, ihre Verhaltensweisen und Vorstellungen ebenso prägt wie umgekehrt das, was daran jeweils vernünftig zu heißen hat, von den Menschen und ihren Auseinandersetzungen und der Art ihrer Einrichtungen mitbestimmt wird. Diesem Denken geht es um die Aufdeckung der gesellschaftlichen Tendenzen und der Theorie um deren Wahrheit. Die Mühe der Aufklärung beschränkte sich nicht aufs pure Feststellen dessen, was ist, sondern suchte zu ihrem Teil zu dessen Veränderung beizutragen. Im folgenden Jahr, 1933, bereits mußte das Institut seine Tätigkeit in Deutschland einstellen; die Columbia University in New York bot jedoch gastliche Unterkunft. 1950 kehrte es nach Frankfurt zurück. Die „Zeitschrift“ dagegen, die bis 1940 erschienen war — übrigens in deutscher Sprache —, wurde nicht wieder herausgebracht¹.

¹ Vgl. meinen Bericht in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. XI (1959), S. 92—97.

Daran war zwar gedacht worden. Die Beiträge, die veröffentlicht werden sollten, wurden indessen zu einer Festgabe für Max Horkheimer zusammengefaßt, die sonst noch manch anderen Beitrag namhafter in- und ausländischer Gelehrter enthalten hätte. Doch selbst in dieser Form zeigt die Festgabe die Weite des Interesses Horkheimers, und auch, da sein Name mit dem des Instituts aufs engste verknüpft ist, die internationale Bedeutung, die dieses mittlerweile erlangt hat. Der ersten großen Untersuchung des Instituts, die abgebrochen werden mußte, als in Deutschland die Nazi die politische Macht übernahmen, hatte die Überlegung zugrunde gelegen, daß der neue Totalitarismus keineswegs ein Zufall sei, ein Betriebsunfall sozusagen, sondern daß in ihm nur brutal offen zutage trete, was dem kapitalistischen Gesellschaftssystem, bei allem Fortschritt, den es befördere, von jeher zugrunde gelegen habe; daß freilich zugleich Kräfte entbunden würden, die über die bestehende Ordnung hinausweisen und drum von dieser mit allen Mitteln, die selbst die anthropologische Struktur der Menschen angriffen, bekämpft würde. Diesen „Studien über Autorität und Familie“ (1935) waren dann die „Studies in Prejudice“ (1950) gefolgt. Hatte der allzu bescheidene Titel des ersten Forschungsberichts noch glauben lassen, es handle sich bloß um Untersuchungen zur Familiensoziologie, so sprach der dritte Band der „Studies“, die weltberühmt gewordene „Authoritarian Personality“, offen aus, worum es in Wirklichkeit geht: daß auch und gerade in der Demokratie alle Aufmerksamkeit den latenten, nicht bloß den manifesten faschistischen Tendenzen zugewandt werde; Charakterstruktur und Ideologie gleichermaßen zeugen von der Autoritätssüchtigkeit, die die Moderne befallen hat. Die kritische Theorie der Gesellschaft, um die sich die Mitarbeiter des Instituts, der engere Kreis wenigstens, sich bemühen, begnügt sich freilich nicht damit, zu konstatieren, daß es so ist; sie liefert indes auch keine Rezepte; sie ist nicht handlich und taugt nicht zur Manipulation.

In den „Sociologica“, den Beiträgen zur Festgabe für Max Horkheimer, kommt dieses Verhalten bei einigen Autoren zum genauesten Ausdruck, so in Adornos Bemerkungen „zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie“, einer hochwichtigen Auseinandersetzung mit Talcott Parsons, und in Herbert Marcuses „Trieblehre und Freiheit“, dem Schlußkapitel eines (inzwischen auch in deutscher Übersetzung² erschienenen) Buches über Freud, oder vielmehr zur Philosophie der Psychoanalyse; denn die Psychologie, gar die Tiefenpsychologie, ist bekanntlich heute zu einem Instrument der Manipulation geworden, die Individuen ans Gegebene anzupassen, so unerträglich, ja verstümmelnd die Bedingungen auch sind, unter denen sie ihr Leben fristen müssen. Daß die Kategorien der Theorie Freuds selber dennoch — wie übrigens auch die Marxschen, von dessen Theorie freilich nicht offen mehr gesprochen wird — auf die Möglichkeit einer Kultur verweisen, die nicht

² Herbert Marcuse: Eros und Kultur. Verlag Ernst Klett. Stuttgart 1957.

das Ergebnis von Triebverzicht, von Versagung und Unterdrückung ist, klingt demgegenüber wie eine fantastische Utopie. Sie ist die sichere Erwartung der Aufklärung: „Eines Tages wird man sagen können: glücklich das Volk, bei dem die guten Handlungen so gewöhnlich sind, daß sich keine Gelegenheit zu großen Taten bietet, und dessen Geschichte keine Akte des Heroismus mehr zeitigt, da alles, was recht-schaffen, dort leicht ist und unbekannt die Unnatur, die die großen Opfer notwendig macht“ (nach einem Text von Condorcet, den Wilhelm Alff zu den „Sociologica“ beisteuerte).

Philosophische Beiträge stammen von Franco Lombardi („Philosophie und Gesellschaft“), Georges Friedmann („Le Progrès: Dignité ou Déchéance, Liberté ou Servitude“) und dem Religionsphilosophen Paul Tillich („Participation and Knowledge“); und erst recht rechnen die von Adorno und H. Marcuse dazu, die mit Horkheimer zur Entfaltung der gegenwärtigen Gestalt der kritischen Gesellschaftstheorie unbeirrt das Ihre tun. Aus dem Gebiet der empirischen Sozialforschung steuern Paul F. Lazarsfeld, in Verbindung mit Allen H. Barton, Bemerkungen über die Funktionen der Qualitativen Analyse bei, die ja gegenüber dem Bestreben, der Genauigkeit halber alles zu quantifizieren, allzusehr vernachlässigt wird; Hadley Cantril („Concerning the Nature of Inquiry“) und Nevitt Sanford („Dynamics of Identification“), Autoren also, deren Namen in der modernen Sozialforschung einen hervorragenden Klang haben. Ein Beispiel dafür, wie mit Hilfe bloßer Auszählung, in sogenannter content analysis³, ein bündiges Urteil über literarische Erscheinungen gewonnen werden kann, die angeblich tendenzfrei sind und deren Verfasser mitsamt ihrem Publikum sich für kultiviert halten, liefert Leo Lowenthals „Biographische Mode“, nebstbei einer der wenigen guten Arbeiten zur Literatursoziologie, die in Deutschland (und nicht nur hier) recht vernachlässigt ist. Von Arnold Hauser wurde ein Vortrag über „Ziele und Grenzen der Soziologie der Kunst“ veröffentlicht. Doch treten die Aufsätze zur Soziologie im engeren Sinne zurück: Morris Ginsberg versucht eine Neubewertung Aug. Comtes, Hans Naumann äußert sich über die gegenwärtige französische Soziologie, Leopold von Wiese über „Inhalt und Grenzen ethischer Forderungen in der Gegenwart“. Walter Dirks berichtet über „Folgen der Entnazifizierung“, d. h. über eine Untersuchung des Instituts für Sozialforschung; es zeigte sich, daß die tatsächliche Unzulänglichkeit der sog. Entnazifizierung von vielen, die davon betroffen wurden, dazu benutzt worden ist, „um sich der wahren Erkenntnis ihrer selbst, ihrer Stellung in der deutschen Gesellschaft und der Stellung des deutschen Volkes in der Welt zu entziehen, um sich zu rechtfertigen und alte oder neue Formen des nationalen Narzißmus zu stützen“ (S. 469/470). Aus einem Buch über die Konzentrationslager

³ Während in diesem Beitrag nur die Ergebnisse mitgeteilt werden, wird die angewandte Methode ausführlich behandelt in L. Lowenthals Untersuchung über „Biographies in Popular Magazines“, in: Radio Research 1942—1943, hrsg. von P. F. Lazarsfeld und F. Stanton, New York 1944.

der Nazi stellte Bruno Bettelheim ein Kapitel „Individual Autonomy and Mass Controls“ zur Verfügung. Probleme der politischen Soziologie bzw. der politischen Wissenschaft behandeln Franz L. Neumann („Intellektuelle und politische Freiheit“), Otto Kirchheimer („Politische Justiz“, ein Aufsatz, der inzwischen besondere Beachtung fand) und Raymond Aron, der danach fragt, ob das Ende der von Ideologien beherrschten Jahre nun nicht endlich kommen müsse — Überlegungen aus dem Umkreis seines Buchs übers „Opium der Intellektuellen“. Arbeiten zur Wirtschaftstheorie und -politik fehlen erstaunlicherweise. Nur Friedrich Pollock hat in seinen Betrachtungen zur zweiten industriellen Revolution, einem Bericht über die „Automation in USA“, übrigens der erste umfassende und die neueste Literatur beachtende Bericht in deutscher Sprache, auf mögliche soziale und ökonomische Folgen aufmerksam gemacht. Er ist dann in seinem Buche über die Automation, das den 5. Band der Reihe bildet, näher darauf noch eingegangen.

Der Zweite Band der „Frankfurter Beiträge“ berichtet über die erste große Untersuchung, die das Institut nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland unternahm, um Aufschluß über Meinungen, Einstellungen und Verhaltensweisen der (westdeutschen) Bevölkerung zu wesentlichen gesellschaftlichen und politischen Fragen zu gewinnen. Das Verhältnis zur eigenen Vergangenheit und zur Gegenwart, zum Nationalsozialismus und zum Antisemitismus, das Verständnis der Demokratie und die Stellung zu den Besatzungsmächten sollte erhellt werden. Zugleich wurde eine neue Forschungsmethode — die sogenannte „Gruppendiskussion“ — erprobt, mit deren Hilfe unbewußten Abwehrmechanismen, verdrängtem Schuldgefühl, Projektion und Reaktionsbildung auf die Spur zu kommen möglich schien. Die qualitativen Befunde, die, wie sich zeigte, überreichlich sich anboten, wurden quantitativ überprüft, um der qualitativen Deutung den Vorwurf „subjektiver Willkür“ zu nehmen. Dem Sinn nach schloß sich die Untersuchung an die schon erwähnten Studien über Autorität und autoritätsgebundene Persönlichkeitsstruktur an; die dort gesammelte Erfahrung, eine historische, konnte der Interpretation des aktuellen Materials zugrunde gelegt werden. (An der Methode selbst, die im ersten Teil des Buchs breit dargestellt wird, ist inzwischen weitergearbeitet worden.) Dieses Material erwies sich in all seiner Vielfalt bei näherem Zusehen freilich als erstaunlich uniform und die Prognose, würde das Institut sie gestellt haben, hätte düster ausfallen müssen. In der Einleitung wird allerdings auf eine andere, mittlerweile abgeschlossene Untersuchung hingewiesen, aus der sich ergeben habe, „daß die Einstellung zur Demokratie in Deutschland sich erheblich, und zwar positiv, geändert hat“ (S. 11). Das mag sein. Aber die „Aspekte der Sprache“ (über die eine Monographie angefertigt worden war, aus der im Anhang ein Auszug gebracht wird): der Sprache, die die Teilnehmer an den Gruppendiskussionen reden und die die unseres Alltags selber ist, lassen eher befürchten, daß die Verheerungen und Schädigungen, die das Denken erlitten hat und in ihr gleichsam laut geworden sind, sich

nicht in dem gleichen schnellen Maße, in dem die Anpassung ans nunmehr Gegebene sich anpaßt, positiv werden ändern lassen.

Im Dritten Band, der über eine Untersuchung des Instituts in der Mannesmann-AG, übers „Betriebsklima“ berichtet, sind m. E. besonders die Bemerkungen zur Problemstellung wichtig; sie gehen weit über das gemeinhin nur eng gefaßte Thema hinaus. Nicht bloß wehren sie ab, sozialpsychologische Erhebungen, die indessen unentbehrlich sind, der Soziologie gleichzusetzen, sondern auch die heut beliebte Manier, aus bloßen Meinungsäußerungen auf den Verlust, gar die Überwindung des Klassenbewußtseins zu schließen. Und nachdenklich macht der Hinweis (S. 17), daß der moderne Forschungsapparat zwar in alle Winkel des gesellschaftlichen Gefüges eindringe und auch den „Arbeiter im Betrieb“ längst erfaßt habe, gleichwohl von einer „unbekannten Arbeiterschaft“ gesprochen werden müsse: die „Formeln“ von gestern und die Klischees von heute, das der „Verbürgerlichung“ etwa, mögen u. U. gleichermaßen die Erkenntnis der wirklichen Situation der Arbeiter und Angestellten, ihre tatsächliche Stellung in der Gesellschaft, heute erschweren.

Unter dem bescheidenen Titel „Soziologische Exkurse“ verbirgt sich, im Vierten Band der Beiträge, eine überaus bedeutsame Einführung in soziologisches Denken. Sie geht bewußt nicht systematisch, im strikten Wortsinn, vor. Vielmehr werden einige Begriffe der Soziologie — so der der Soziologie selber, Gesellschaft, Individuum, Gruppe, Masse, Kultur und Zivilisation — besprochen, dann einige Materialbereiche (Kunst- und Musiksoziologie, Gemeindestudien) und inhaltliche Komplexe (Familie, Vorurteil, Ideologie), und auf den Zusammenhang und den Unterschied von Soziologie und empirischer Sozialforschung eingegangen, so zwar, daß der Ununterrichtete stets auch der Problematik des Gesamtbereichs gewahr zu werden vermag. Freilich ist das Buch nicht leicht zu lesen; in jeder Zeile ist die Vertrautheit mit der großen Philosophie, mit der die Soziologie einst auf die eine oder andre Weise in Deutschland und anderswo sich verbunden wußte, spürbar und zugleich die Kenntnis der neuesten soziologischen Literatur, zumal der außerdeutschen, die für die gegenwärtig fortgeschrittenste gilt. Sie wird nicht kritiklos akzeptiert, wie denn gerade dieser Band am stärksten von der Grundintention des Instituts durchwirkt ist, zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft beizutragen.

Dies kommt auch im Fünften Band zu deutlichem Ausdruck. Friedrich Pollock will zwar schlicht nur „Materialien“ zur Beurteilung der ökonomischen und sozialen Folgen der Automation zusammenstellen. Äußerlich ist bloß die allerdings sehr erweiterte Fassung seines bereits genannten Beitrags zu den „Sociologica“; amerikanische Belege überwiegen auch jetzt. Es wird jedoch der läppische Optimismus vermieden, den manche Soziologen, die sich gar zu modisch geben, gelegentlich an den Tag legen. Unter der Herrschaft der automatischen Produktionsweise erweise sich eine marktwirtschaftlich organisierte Gesellschaft (S. 90 ff.) vielmehr als eine „sehr unsichere Grundlage für

eine freiheitliche Gesellschaftsordnung“; die heute sich andeutende Entwicklung könne, noch bevor sie ihren Abschluß fände, „einen Punkt erreichen, an dem der Übergang in ein autoritäres Gesellschaftssystem unvermeidlich werden würde“ (S. 106). Heute scheinen die Tatsachen diese Überlegungen erst recht zu bestätigen. Daß das Tempo des Vordringens der Automation sich selbst reguliert, hat sich als ein (zwar weit verbreiteter) Irrtum erwiesen (S. 231); bleibt die Verbreitung der Automation keiner anderen Regelung unterworfen als dem Selbstinteresse der einzelnen Unternehmung, dann verschärfen sich nur die Gefahren, die die moderne Wirtschaft läuft (S. 232); die kleinen und mittleren Betriebe, die in Krisenzeiten noch als Puffer dienen mochten, könnten selbst durch Regierungsintervention zu ihren Gunsten nicht länger Widerstand leisten, und der Unterschied zwischen einer mit dem Management eng verbundenen neuen „Arbeiteraristokratie“ und denen, die mit sogenannten Dienstleistungen zu zahlen hätten, kann ein Ausmaß annehmen, das an altägyptische Zustände erinnern mag. Pollock hält eine geplante Wirtschaft (deren Einzelfragen er in seinem Buche nicht diskutiert, die ihm jedoch durchaus vertraut sind) für erforderlich; nur sie vermöchte die durch die Automation entstehenden Probleme rationell zu bewältigen. „Und einer solchen Planung des gesamten Wirtschaftsprozesses würden Theorie und Werkzeuge der automatischen Produktionsweise in einer vor wenigen Jahren noch kaum vorstellbaren Weise zu Hilfe kommen“ (S. 289). So könnte „durch ein auf lange Sicht und mit Hilfe der neuen Methoden geplantes umfassendes Programm zur Eingliederung der Automation in ein freies Gesellschaftssystem die zweite industrielle Revolution zum Schrittmacher einer vernünftigen gesellschaftlichen Ordnung werden“ (S. 290).

Mit dem einstweilen letzten, Sechsten Band der „Frankfurter Beiträge“ nimmt das Institut für Sozialforschung gleichsam die eigene Tradition wieder auf bzw. bekennt sich vernehmlich zu ihr. Die moderne Sozialpsychologie ist, von dem gewiß nicht geringen Einfluß abgesehen, den der Behaviorismus ausübte, ohne die Einsichten nicht mehr denkbar, die die Psychoanalyse vermittelte. Das Institut hat diese bereits vor 1933 und zum erstenmal in eine äußerst fruchtbare Verbindung mit der Erforschung gesellschaftlicher Sachverhalte gebracht: „Wir sahen, daß der ökonomische Druck sich in sozialpsychologischen unbewußten Prozessen fortsetzte, welche die Menschen dazu bringen, eben diesen Druck, unter dem sie stehen, auch noch zur eigenen Sache zu machen und den Verlust der Freiheit in Kauf zu nehmen“ (S. IX). Weder bestand (und besteht) die Absicht, die Gesellschaftstheorie zu psychologisieren, noch die Psychologie, die in ihrer strengen Freud'schen Gestalt verstanden wird, mit Versatzstücken der zeitgemäßen Soziologie zu versehen und komfortabel zu machen. In dem Vortragszyklus, den die Universitäten Heidelberg und Frankfurt dem hundertjährigen Geburtstag Freuds widmeten, wird darum auch Freud nicht feierlich beschworen, um dann, von ihm fort, selbstzufrieden die eigene Weisheit anzubieten. Zwar wird über den Fortgang der Theorie und

Praxis der Psychoanalyse berichtet, und es sind weltbekannte Forscher, die zu Wort kommen: E. H. Erikson und Franz Alexander, Eduardo Krapf und Michael Balint, L. Binswanger und Frederick Wyatt, H. Zulliger und A. Mitscherlich, um nur diese zu nennen. Aber die Verman- schung von Soziologie und Psychologie wird weithin vermieden, selbst da, wo etwa ausdrücklich von „Sexualität und Gesellschaft“ (bei Balint), von „Psychoanalyse und Religion“ (Krapf), von „Mensch und Welt in der Auffassung Freuds“ (G. Bally), von „Psychoanalyse und Pädagogik“ (Zulliger), von der „Stellung der Psychoanalyse in der west- lichen Kultur“ (Alexander) die Rede ist. Die erregendsten Beiträge freilich sind von Herbert Marcuse, der seit langem dem Institut für Sozialforschung und dessen Arbeit an einer kritischen Theorie der Ge- sellschaft verbunden ist. Seine Vorlesungen über „Trieblehre und Frei- heit“ und über „die Idee des Fortschritts im Lichte der Psychoanalyse“, eine Diskussion der Freudschen Theorie vom Standpunkt der poli- tischen Wissenschaft und Philosophie (S. 401) präzisieren nicht bloß die Überlegungen, die in seinem Buche „Eros und Kultur“ vorgetragen werden, sondern bezeugen auch, deutlicher noch als dort, einen Mut, Fetischen, so vorab dem der „Kultur“, die Wahrheit abzufragen, den die modische Kulturphilosophie auch und gerade dann sich aufzubringen hütet, wenn sie sich als Kulturkritik anpreisen mag. Marcuses Gedan- ken sind befreiend, und sie geben dem Gedanken die Freiheit zurück. Dem Vorwurf, daß dies denn doch zu weit gehe und verantwortungslos sei, hält er entgegen, daß es vielleicht heute weniger verantwortungslos ist, „eine begründete Utopie auszumalen, als Zustände und Möglich- keiten als Utopie zu diffamieren, die längst schon realisierbare Mög- lichkeiten geworden sind“ (439): so nahe sind wir, allem Anschein zum Trotz, einem Besseren heute und hier gekommen, daß es unmensch- licher Anstrengung bedarf, das Unvernünftige weiterhin als vernünftig erscheinen zu lassen.

H e i n z M a u s - M a i n z

K ö t t e r , H e r b e r t : *Landbevölkerung im sozialen Wandel*. Ein Beitrag zur ländlichen Soziologie. Düsseldorf-Köln 1958. Eugen Diederichs Verlag. 175 S.

Angeregt durch den strengen Empirismus der amerikanischen Rural Sociology, ist die deutsche Agrarsoziologie oder ländliche Soziologie in Überwindung früherer weltanschaulicher, romantischer und sonstiger Voreingenommenheiten und apriorischer Setzungen nach 1945 dazu übergegangen, auf Grund sorgfältiger Erhebungen und methodischer Neuorientierung dem sozialen Wandel der deutschen Landbevölkerung wissenschaftlich gerecht zu werden. Unter den führenden Agrar- soziologen (es seien Niehaus, Priebe, Weippert, Abel, Ipsen, Linde, Warzbacher genannt) nimmt Herbert Kötter eine Sonderstellung in- sofern ein, als er bemüht ist, die gewonnenen Erkenntnisse auf dem in Frage kommenden Gebiet zu einer Gesamtdarstellung zusammenzu- fassen. Nach einigen Einzeldarstellungen, unter denen „Die Gemeinde in der ländlichen Soziologie“ (1956) genannt sei, hatte er in dem

Gehlen-Schelskyschen Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde (1955) den Abschnitt „Agrarsoziologie“ beigesteuert. Nunmehr veröffentlicht er in umfassender Darstellung seinen Beitrag zur ländlichen Soziologie. In dem ersten Abschnitt werden „Aufgaben und Bedeutung der ländlichen Sozialforschung“ methodisch umrissen, wobei der Begriff des Landes sowohl die landwirtschaftliche wie die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung umfaßt, worauf schon Weippert hingewiesen hat. In der Entscheidung darüber, was aus dem Lande, den Dörfern, den Bauern unter dem Druck der Verstädterung und Industrialisierung werden soll (Niehaus und Weippert haben ihnen ein gewisses Maß an Erhaltungskraft zugebilligt), zeigen die Ausführungen von K. eine beachtliche Ausgewogenheit im Urteil und Achtung vor der „Logik des Faktischen“, die dem unterschiedlichen Entwicklungsrhythmus in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft im Sinne von Ogburns cultural lags Rechnung trägt. Es wird offen die Frage gestellt, „ob die Sozialforschung tatsächlich die geeignete Methode für die Erhellung und Bewältigung gesellschaftlicher Vorgänge auf dem Lande sei“ und ob das Instrumentarium von Begriffen und Kategorien, in das heute die Erscheinungen des ländlichen Lebens eingeordnet werden, geeignet sind, an den Kern dieser Erscheinungen heranzuführen. Der Verfasser warnt davor, „eine Tafel der Werte aufzustellen“ oder aus anderen Sphären ideale Wertsetzungen für die Agrarsoziologie zu verwenden. Es sei allerdings zuzugeben, „daß die ländliche Soziologie als junge Wissenschaft noch an einer gewissen Uneinheitlichkeit des Begriffssystems krank“ (S. 22). Die Frage, ob die Anwendung der Ergebnisse der Sozialforschung zu einer sinnvollen Gestaltung der Lebensverhältnisse auf dem Lande beitragen kann, wird von K. uneingeschränkt bejaht. Die Durchrationalisierung der ländlichen Lebensverhältnisse und Wirtschaftsbedingungen erscheint als ein erstrebenswertes Ziel. Die heutige Technisierung des ländlichen Betriebes verlangt in weitgehendem Maße eine Neuorientierung der ländlichen Arbeitsverfassung.

Der zweite Abschnitt behandelt „Die europäische Agrargesellschaft als Vorläufer der Industriegesellschaft“ wesentlich auf geschichtlicher Grundlage. K. stützt sich dabei auf die einschlägige wirtschafts- und sozialhistorische Literatur, ohne das Gesamtziel seiner Betrachtung aus dem Auge zu verlieren.

Der dritte Abschnitt „Das Land in der modernen Industriegesellschaft“ setzt mit den die ganze Problematik des Landvolks aufrührenden „Stadt-Land-Beziehungen im Lichte einiger soziologischer Theorien“ ein. Es folgen mehr kritisch gehaltene Auseinandersetzungen über „Immanente Tendenzen der industriellen Gesellschaft“ und dann das weitgehend Ergebnisse der heutigen deutschen agrarsoziologischen Forschung vertretende und zusammenschauende „Strukturbild des Landes“, das ausmündet in eine Charakterisierung der Grundtypen ländlicher Gemeinden unter sorgfältiger Einbeziehung der von Hesse, Linde, Bobek und von Kötter selbst erarbeiteten Materialien. Das so

zustandekommende Bild der regionalen und sozialen Differenzierung der deutschen Dörfer weist eine Vielfalt an Gemeindetypen auf, in die sich heute das Spannungsfeld der Stadt-Land-Beziehungen im Zeichen der Industrialisierung auffächert. „Aus diesen Gegebenheiten resultiert, daß die ländliche Gemeindeforschung heute auf weiten Strecken zu einer Erforschung der Stadt-Land-Beziehungen geworden ist.“ Das Ergebnis wird verschieden beurteilt. Abel, Niehaus und Weipert jedenfalls verneinen, entgegen denjenigen, die nur noch von industrieller Gesellschaft sprechen, „daß das Dorf zu einer städtischen Filiale werden müsse, und daß ihm keine Chance zur Entwicklung einer eigenständigen Lebensform mehr verbleibe“.

Es folgt eine Betrachtung über „Typische Gruppen der ländlichen Bevölkerung“, wobei als Hauptgruppen die eigentliche Erwerbslandwirtschaft, die Nebenerwerbslandwirte und eine Reihe von Zwischenexistenzen unterschieden werden und das Hauptgewicht darauf gelegt ist, die Frage des Lebensstandards und der sozialen Lage des Bauern im Verhältnis zur industriellen Bevölkerung unter Berücksichtigung der wechselseitigen Verschränkungen zu erörtern. „Das Problem der Entwicklung der Landwirtschaft ist das Problem ihrer Anpassung an Wirtschafts- und Sozialformen, die sich aus der inneren Logik unseres industriellen Systems ergeben“ (S. 132/33). Bei dem Problem der Agrarstruktur handele es sich um „eine fortschreitende Differenzierung und Spezialisierung der Erwerbslandwirtschaft“ (S. 134). Dem Abschnitt über die Erwerbslandwirtschaft folgt der über den Nebenerwerbslandwirt und den Pendelwanderer. Es will mir scheinen, daß diese beiden Teile besonders intensiv die bislang vorliegenden Ergebnisse der ländlichen Gemeindeforschung zusammenfassen.

Den Abschluß des Buches bildet als Gesamtergebnis eine Betrachtung über „Struktur- und Funktionswandel des Landes im Zuge der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung“. „Dem Verfasser kam es darauf an, einige Grundtendenzen der Entwicklung aufzuzeigen, die nach seiner Meinung das Schicksal des Landes und der Landbevölkerung in der Industriegesellschaft bestimmen.“ Auch hier wird in erfreulicher Weise der Aspekt dadurch erweitert, daß die verschiedenen in der einschlägigen Literatur zu Tage getretenen Meinungen zu einem Gesamtbild des Strukturwandels auf dem Lande verdichtet erscheinen und neben der sozialdynamischen Seite auch die wirtschafts- und sozialpolitische sowie darüber hinaus die sozialpsychologische und die pädagogische Problematik zu ihrem Rechte kommen. Die Schlußabsätze zeigen, daß der Verfasser nicht einem „flachen Fortschrittsoptimismus“ verfallen sein will, sondern sich des Ernstes der Lage, in die uns der Strukturwandel auf dem Lande hineinmanövriert hat, durchaus bewußt ist und die Aufgabe der Agrarsoziologie darin sieht, diesen Wandel aus dem Gesamtgeschehen des sozialen Ganzen begreifbar zu machen. An Hand einer Typologie der Gemeinden ist die ländliche Soziologie zu einer Wissenschaft des sozialen Raumes auf dem Lande im Rahmen

des sozialen Gesamttraumes geworden. Das K.sche Buch ist die am besten orientierende und geschlossenste Darstellung des heutigen Standes des Gebietes und kann so allen, denen die angeschnittene Problematik am Herzen liegt, empfohlen werden.

Friedrich Bülow - Berlin

Wurzbacher, Gerhard: *Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung*. (Schriftenreihe des Unesco-Instituts für Sozialwissenschaften, Köln, Band 1.) Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart, XII, 307 S.

Dieses von Gerhard Wurzbacher und Renate Pflaum betreute Werk ist die erste Arbeit einer Reihe von Forschungsmonographien, die das Unesco-Institut für Sozialwissenschaften veröffentlicht. Es behandelt auf empirisch-soziologischer Grundlage das ländliche Gemeindeleben in seiner spannungsreichen Auseinandersetzung mit der industriellen Entwicklung an Hand einer Randbezirksgemeinde des Westerwaldes, deren einführende entwicklungsgeschichtliche Beschreibung „von der Kleinhauerngemeinde zur Pendlergemeinde“ Renate Pflaum beige-steuert hat, während „die berufliche Gliederung in ihrem Wandel und in ihren Auswirkungen“ von Gerhard Wurzbacher stammt. Auf sorgfältig ausgewerteter empirischer Grundlage werden die Themen Familie, Nachbarschaft, Vereine, Bindung an die Kirche und politische Betätigung behandelt. Das Ergebnis wird von Wurzbacher im 9. Kapitel zusammengefaßt und damit eine auf streng empirischer Erfassung der Tatbestände beruhende Untersuchung früher mehr weltanschaulich und geschichtsphilosophisch gewonnenen, heute oft als „romantisch“ bezeichneten Anschauungen gegenübergestellt, wengleich diese Gegenüberstellung im Gegensatz zu anderen Darstellungen in beachtenswert gemäßigter Tonart erfolgt. Als Beispiel sei auf die Distanzierung von Ferdinand Tönnies und seinen richtungweisenden Thesen hingewiesen. Im abschließenden 10. Kapitel werden von Conrad M. Arensberg „Ergebnisse der deutschen Gemeindestudie im internationalen Vergleich“ erörtert. Das Buch wird allen, die sich über Methode und Sinn empirischer Forschung auf dem Gebiete der ländlichen Soziologie unterrichten wollen, willkommen sein.

Friedrich Bülow - Berlin

Flechtheim, Ossip K.: *Grundlegung der Politischen Wissenschaft* (Fundamentals of Political Science). Ins Deutsche übersetzt von Lili Flechtheim und Heiner Randermann. Meisenheim am Glan 1958. Verlag Anton Hain KG. 672 S.

Nach wie vor kann man nicht davon sprechen, daß sich die Politische Wissenschaft in Deutschland fest etabliert hätte. Denn nicht nur be-gnet man ihr in anderen Disziplinen teilweise immer noch mit Miß-trauen oder gar Ablehnung, auch ihre Befürworter sind sich häufig nicht völlig darüber einig, was unter „Politischer Wissenschaft“ zu verstehen ist. So sehen, um nur einen von vielen Gegensätzen zu erwähnen, die einen in ihr eine hauptsächlich empirisch vorgehende

spezialisierte Gesellschaftswissenschaft, während andere, erheblich anspruchsvoller, sie als Universalwissenschaft betreiben und mit ihrer Hilfe gewissermaßen den Sündenfall der Spezialisierung rückgängig machen wollen¹.

Wenn aber solche unterschiedlichen Auffassungen bestehen, so ist eine „Grundlegung der Politischen Wissenschaft“ ganz besonders zu begrüßen, könnte sie doch dazu beitragen, der in Frage stehenden Disziplin zu festeren Fundamenten zu verhelfen. Doch hier schon muß festgestellt werden, daß der Inhalt dem Titel nicht ganz entspricht². Von einer Grundlegung würde man eher erwarten, daß sie sich mit den philosophischen, wissenschaftstheoretischen und methodologischen Voraussetzungen, weniger aber, wie es hier geschieht, mit einer Umgrenzung des Inhalts der Wissenschaft von der Politik beschäftigt, mit einer Beschreibung der Gebiete, die von ihr zu behandeln sind.

In dieser Hinsicht ist der Charakter des Buches als „textbook“ unverkennbar, und auch der Herausgeber weist im Vorwort ausdrücklich darauf hin. „Textbook“ wäre wohl am besten mit „Lehrbuch“ zu übersetzen (auch Schulbücher heißen in England und Amerika „textbooks“), aber gegenüber den deutschen Universitätslehrbüchern bestehen dabei wesentliche Unterschiede, wie sich ja auch der deutsche Universitätsbetrieb von dem angelsächsischen weitgehend unterscheidet. Demgemäß muß ein „textbook“ für deutsche Begriffe recht elementar anmuten, was auch für das hier zu besprechende Buch zutrifft. Doch wird man diese Tatsache bei dem heutigen Stand der Politischen Wissenschaft in Deutschland eher begrüßen als bedauern können. Wenn auch einem fortgeschritteneren Leser das Buch hauptsächlich als ein Nachschlagewerk nützlich sein dürfte, so gibt es doch dem Laien oder Anfänger einen vorzüglichen Überblick darüber, was die Politische Wissenschaft als ihre Aufgabe ansieht und womit sie sich vor allem beschäftigt.

Das Buch zerfällt in acht Hauptteile, die insgesamt wiederum in 28 Kapitel untergliedert sind. Im ersten Teil befaßt sich der Herausgeber mit der allgemeinen Problematik der Politischen Wissenschaft, worauf sich M a r g a r e t S p a h r der Geschichte der politischen Ideen zuwendet. Teil III (von Ithiel de S o l a P o o l) ist allgemeinen Fragen des Staates, Teil IV (von de S o l a P o o l und George S c h u e l l e r) der Staatsverfassung gewidmet. Die öffentliche Meinung, die Parteien und die Interessenverbände werden von Robert J. K o b l i t z und S. Grover R i c h j r. in Teil V untersucht. Teil VI (von Lawrence L. P e l l e t i e r) beschäftigt sich hauptsächlich mit den drei Gewalten und ihrem Verhältnis zueinander, Teil VII (von Norman D. P a l m e r)

¹ Natürlich sind solche und ähnliche Meinungsverschiedenheiten nicht auf Deutschland beschränkt, sondern finden sich durchaus auch in anderen Ländern.

² Die amerikanische Originalausgabe nannte sich „Fundamentals of Political Science“, was wörtlich wohl eher „Grundlagen“ als „Grundlegung der Politischen Wissenschaft“ bedeutet. Im übrigen heißt es — wahrscheinlich ein Irrtum des Setzers — auf dem Vorsatzblatt der deutschen Ausgabe in Abweichung zur eigentlichen Titelei auch „Grundlagen“.

mit den internationalen Beziehungen, während in Teil VIII (wiederum von Ossip K. F l e c h t h e i m) ein Blick auf die gegenwärtige Situation der Welt und ihre Zukunftsaussichten geworfen wird.

Natürlich ist damit keineswegs die einzig mögliche Einteilung der Politischen Wissenschaft gewählt worden, doch hat man das Ganze sehr gut aufeinander abgestimmt, nicht zuletzt weil jeweils bei den (durchaus unvermeidlichen) Überschneidungen auf die entsprechenden Stellen in anderen Kapiteln Bezug genommen wird. Ohne hier auf Einzelheiten eingehen zu können, läßt sich doch sagen, daß die Behandlung der einzelnen Gebiete im großen und ganzen das Wesentliche umfaßt und auch offenbare Unrichtigkeiten vermieden worden sind³.

Ein wirklicher Nachteil des Buches dagegen besteht in dem Fehlen eines Registers und einer empfehlenden Bibliographie. In der amerikanischen Originalausgabe war zwar ein Literaturverzeichnis enthalten, auf das der Herausgeber im Vorwort auch verweist, doch wird dadurch der Mangel nicht ausgeglichen. Auch vermißt man eine Begründung dafür, warum die Bibliographie in der deutschen Ausgabe weggelassen worden ist. Gerade für den Anfänger, auf den das Buch hauptsächlich zugeschnitten ist, wäre ein Literaturverzeichnis von großem Wert gewesen, um die ihm hier gegebenen Anregungen aufzugreifen. Für den erfahreneren Leser dagegen liegt der Nutzen des Buches, wie gesagt, vor allem darin, es zum Nachschlagen verwenden zu können, und hier wiederum muß sich der Mangel eines Registers nachteilig auswirken. Doch vielleicht kann man in beiden Fällen weniger dem Herausgeber als dem Verlag einen Vorwurf machen, denn häufig wird ja heute aus geschäftlich-kalkulatorischen Gründen die Aufnahme des oft so notwendigen Apparates verhindert.

Der Nachteil wird hier teilweise allerdings durch die recht ausführlichen Anmerkungen wettgemacht, mit denen jeder Teil des Buches versehen ist. Fast alle direkten oder indirekten Zitate sind auf diese Weise belegt worden, und man hat damit trotz allem, wenn auch in schwer zugänglicher Form, eine Art von Bibliographie zur Verfügung. Kritisch anzumerken wäre jedoch, daß für den deutschen Leser die kontinentaleuropäische gegenüber der angelsächsischen Sekundärliteratur etwas zu schlecht weggekommen ist, ebenso wie auch im Text stellenweise (aber durchaus nicht überall) der Akzent zu sehr auf die amerikanischen Zustände gelegt wird. Doch kann man wohl bei einem zuerst in den Vereinigten Staaten für dortige Leser erschienenen Buch gerechterweise kaum etwas anderes erwarten.

Von besonderem Interesse ist der vom Herausgeber verfaßte erste Teil über Wesen und Umfang der Politischen Wissenschaft, insofern hier die Kernprobleme angeschnitten werden, so zum Beispiel die Frage, was das Wesen der Politik und damit auch der Politischen Wissenschaft ausmacht, wo in der Vielfalt der Erscheinungen der feste

³ Ein wirklicher Fehler findet sich in Teil II auf S. 148, wo der Verfasser des „Treatise of Human Nature“ von 1739/40 mit Alexander Hume statt mit David Hume angegeben wird.

Punkt gesucht werden muß. Flechtheim gibt hier eine wohlüberlegte Definition, die den Machtbegriff zum Zentrum hat, ohne aber die Politik ausschließlich auf diesen einzuengen, da nach ihm darüber hinaus noch „politische Ziele und Werte“ existieren, „die nicht mit politischer Macht identisch sind“ und ebenfalls von der Politischen Wissenschaft berücksichtigt werden müssen (S. 70). Eine solche Bestimmung könnte zu einer annehmbaren Lösung der Streitfragen beitragen, die von denen, welche die Macht als den politischen Zentralbegriff ansehen, und von ihren Gegnern, welche an deren Stelle einen anderen Begriff, zum Beispiel den der politischen Freiheit setzen wollen, aufgeworfen worden sind. Überhaupt nimmt Flechtheim eine mittlere und vermittelnde Haltung ein, so auch, wenn er den hier eingangs erwähnten universalistischen Anspruch ebenso zurückweist wie die Reduktion der Politischen Wissenschaft auf eine reine Staatslehre.

Besonders hervorzuheben ist schließlich noch die solide Übersetzung, die auch bei schwierigen Ausdrücken eine adäquate deutsche Formulierung gefunden hat. Alles in allem: ein Buch, das einem Bedürfnis entgegenkommt und bei der Verbreitung der Politischen Wissenschaft in Deutschland gute Dienste leisten wird.

R o l f G r u n e r - Berlin

F r a e n k e l, E r n s t : *Amerika im Spiegel des deutschen politischen Denkens* (Äußerungen deutscher Staatsmänner und Staatsdenker über Staat und Gesellschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika). Köln und Opladen 1959, Westdeutscher Verlag. 333 S.

Der Aufstieg der amerikanischen Demokratie zur Weltmacht ist zweifellos eines der interessantesten und vielleicht sogar das wichtigste Kapitel der politischen Weltgeschichte. Besonders seit der Herausbildung eines zweiten, autoritären Machtzentrums im Osten ist, wie der Verf. als Zusammenfassung seines eingehenden literarischen Überblicks und Ergebnis seiner „politikwissenschaftlichen Psychoanalyse“ mit Recht feststellt, das Verhältnis der freien Länder zu den USA schlechthin entscheidend geworden. Eine Tatsache, die die ausgewählten Schriftstücke selbst allerdings nicht völlig sichtbar machen. Zum Teil mag das an den Schwierigkeiten liegen, denen jede „Meinungsbefragung“ begegnet, nämlich einen „repräsentativen Querschnitt“ zu finden. Der Verf. löst die Aufgabe dadurch, daß er möglichst viele Ansichten zu Worte kommen läßt. Und so stehen Autoritäten wie Friedrich List und Friedrich Meinecke neben Autoren wie Houston Stewart Chamberlain und Alfred Rosenberg. Diese „Qualitätsunterschiede“ sind beabsichtigt, als Beispiele für eine geschichtliche „Sinnentleerung des Sinnvollen“.

Damit wären wir wieder bei der alten Streitfrage nach dem „Sinn“ der Geschichte, die der Verf. nicht stellt, die man aber wohl zu beantworten versuchen muß, um einen einigermaßen „objektiven“ Maßstab für die subjektiven Meinungen zu gewinnen. M. E. kann hier die Geschichtssoziologie mit ihrer Lehre von den Entwicklungs-

stufen helfen, die in diesem Buche, und wäre es auch nur in Gestalt von Untertiteln, mit Nutzen hätten verwendet werden können. Denn es ist klar, daß zur Zeit des Absolutismus (Merkantilismus) die politischen und insbesondere außenpolitischen Auffassungen, auch im Verhältnis zu Amerika, als dieses Land (nach Goethe) noch „außerhalb aller Gesichtskreise“ stand, andere sein mußten als während des Frühkapitalismus, der die Kontinente verkehrsmäßig enger verknüpfte. Sie mußten sich mit der im Imperialismus oder Hochkapitalismus in Erscheinung tretenden „Raumenge“ wandeln, wie sie sich schließlich mit der Notwendigkeit einer transatlantischen „Raumordnung“ auseinanderzusetzen hatten. Diese durch die neue Spaltung der Welt und die Entwicklung der Waffentechnik herbeigeführte beispiellose politische „Kontinentaldrift“, wenn man so sagen will, ist das eigentliche Problem, auf das der Verf. wegen der Unübersehbarkeit des Schrifttums unserer Tage nicht eingeht, das jedoch bei einer Neuauflage Berücksichtigung finden müßte, weil es die Weltpolitik voraussichtlich noch lange Zeit bestimmen wird.

Julius Gumpert - Berlin

M a r h e f k a , E d m u n d : *Die Herren dieser Welt und das Problem der Macht*. Berlin 1958. Maximilan-Druck und Verlag. 476 S.

Im Gegensatz zu den (angewandten) Naturwissenschaften stellt in den sog. Geisteswissenschaften die meist stark persönlich geprägte Methode keinen selbständigen Wert dar. Sie erlangt ihn erst durch die Ergebnisse, die den Gesetzen der Logik und in der Soziologie auch den erkennbaren und anerkannten Grunderfordernissen des gesellschaftlichen Lebens nicht widersprechen dürfen. Die Methode des Verf. ist die, wie er es nennt, „trigonometrische“ oder kurz „trigonale“, die vermittelt des „Hebelgesetzes“ von der „linear subjektiven Einstellung“ zu den Höhen des Ideals, des Gemeinschaftssinns und der Erhabenheit göttlicher Perspektiven emporführen soll. Max Weber hat in bezug auf derartige Versuche einer Geschichtsdeutung einmal von einer „unpraktikablen Gesinnungsethik“ gesprochen, ein hartes Wort, das nichtsdestoweniger für weite Teile dieses Buches Geltung hat.

Eine demokratische Weltordnung, von vielen großen Geschichtsdenkern nicht nur als erstrebenswert, sondern als notwendig erachtet¹, wird vom Verf. als „Kosmopolitismus“ abgelehnt. Und dies zu einer Zeit, wo in der UNO (der dieses Buch gewidmet ist) und insonderheit im Weltsicherheitsrat bereits der Keim, und zwar ein sehr kräftiger Keim, zu einer Art Weltregierung gelegt ist. Wieweit hier die Welt der Tatsachen gewissen Welt-„Anschauungen“ gegenüber noch immer voraus ist, zeigt sich besonders darin, daß nicht nur die kleinen Nationalstaaten, sondern selbst „Großmächte“ einen wesentlichen Teil

¹ Vgl. meinen Aufsatz „Das Gesetz der wachsenden Souveränität“, in: Schmollers Jahrbuch 73. Jg., H. 6.

ihrer Souveränität, vor allem das Recht, eigenmächtig Kriege zu führen, eingeübt haben (siehe „Suezkrise“), zwar nicht im Wege einer förmlichen „Machtübertragung“, sondern einfach durch Machtverlust infolge des militär-technischen Fortschritts. Er wird heute durch die „letzte Waffe“, die interkontinentale Rakete gekennzeichnet, die eine entsprechende politische Organisation erheischt. Wenn sich der Verf. von „geopolitischen“ Gesichtspunkten gegen eine „rechtswidrige transkontinentale anglo-amerikanische Einmischung“ in die inneren Angelegenheiten Europas wendet („Europa den Europäern“) und diese als vom „freimaurerisch gelenkten“ Weltkapitalismus bedingt erklärt, so ist das nicht weniger abwegig als seine Begründung, daß die Urheberschaft am zweiten Weltkriege im Versailler Vertrag zu suchen sei, daß die englische Garantie für Polen eine Mitschuld begründe, daß die nach Weltherrschaft strebenden USA für die Bombardierungen offener Städte verantwortlich seien (S. 374), daß Frankreich die Wiedervereinigung verhindert habe (S. 371), daß sie gemeinsam dem Kommunismus (den er selbst ablehnt) die Tore nach Westen geöffnet hätten (S. 345), daß durch die neuen „unnatürlichen“ transkontinentalen Bindungen (NATO) die Grundlagen für einen dritten Weltkrieg gelegt würden (S. 344) usw.

Ohne uns hier auf eine Widerlegung im einzelnen einzulassen, die, besonders was seine Angriffe gegen die Demokratie betrifft, den Widerspruch geradezu herausfordern, soll lediglich auf eine zweite These aufmerksam gemacht werden, die sich ähnlich verhängnisvoll wie die erste für unsere Sicherheit (für unseren „Sicherheitsgötzen“, wie der Verf. sagt) auf unsere Wiedervereinigungspolitik auswirken könnte, und das ist die sog. „Illegitimität“ der Bundesrepublik. Ein Anwurf, der zu einem Hauptbestandteil der Taktik des Ostblocks geworden ist und dort in gleicher Weise begründet wird, nämlich mit dem Hinweis auf unsere übernationalen Bindungen (die in seinem Bereich übrigens weit enger sind). In Wahrheit gibt es heute, zumindest im abendländischen Kulturkreis, nur ein Kriterium für die Legitimität einer Regierung und eines Staates, und das sind freie Wahlen. In dem Augenblick, und darum geht das Ringen, wo die Regierung der UdSSR solche Wahlen in der „DDR“ zuläßt, wird aus Gewalt, wie es im Potsdamer Abkommen (III A I) richtig heißt, Macht. Daß sie „erdient“ werden könnte und müßte, wie der Verf. fordert, ist abzulehnen, weil es sonst jedem beliebigen politischen System möglich würde, sich unter Berufung auf irgendwelche „sozialen Errungenschaften“ als rechtmäßige Herrschaft festzusetzen.

In der Einleitung zu seinen Betrachtungen findet der Verf. treffende Worte gegen die (bis zu einem gewissen Grade unvermeidliche) Einseitigkeit entwicklungsgeschichtlicher Untersuchungen. Man hätte gewünscht, sie wären in diesem Buche mehr beachtet worden, da sein Material vielseitig und interessant ist.

Julius Gumpert - Berlin

Nöll von der Nahmer, Robert: *Vom Werden des neuen Zeitalters*. Heidelberg 1957. Quelle und Meyer Verlag. 318 S.

Der Generation zweier Weltkriege zum Gedächtnis, der kommenden zur Warnung und Lehre entwirft der Verf. eine Gesamtübersicht über das Geschehen der letzten 200 Jahre. Obwohl es an Versuchen dieser Art nicht eben mangelt, kann die gedrängte und doch eingehende Darstellung als außerordentlich gut gelungen bezeichnet werden (zumal die zahlreich eingefügten historischen Bilder die Anschaulichkeit und Gemeinverständlichkeit der Schreibweise noch erhöhen). Von der Erschließung der Erde bis zum Vorstoß in den Weltenraum, von der Entwicklung der Technik bis zum Atomzeitalter, von den Wandlungen des Kapitalismus bis zum „New Deal“ und der sozialen Marktwirtschaft, von der sozialen Evolution bis zur bolschewistischen Revolution, vom Nationalismus bis zur Integration, von den schöpferischen Ideen und Weltanschauungen bis zu den Kunstrichtungen erfährt der Leser alles, was wesentlich ist, wobei die Aktualität der Problemstellung besonders anziehend wirkt.

Strebt der Verf. in der Sache nach umfassendem Sinngehalt des Geschehenen, so beschränkt er sich in der Methode bewußt darauf, von der entwicklungsgeschichtlichen Kardinalfrage nach dem „Woher und Wohin?“ nur den ersten Teil zu beantworten. Wie viele andere lehnt auch er die herkömmliche Einteilung „Altertum — Mittelalter — Neuzeit“, die wissenschaftlich wenig geeignet ist, ab. Jedoch scheint es ihm dabei mehr um eine Verschiebung der Perioden zu gehen, denn nach seiner Ansicht ist die „Neuzeit“ bereits mit den großen Revolutionen des 18. Jahrhunderts zu Ende gegangen. Seitdem lebt die Menschheit in einer „Übergangsperiode“, die durch das Jahr 1914 in zwei Unterabschnitte geteilt wurde.

Abgesehen davon, daß es bedenklich erscheint, den zweiten Weltkrieg einfach als die Folge des ersten hinzustellen (S. 13) — wie bei kaum einem anderen Ereignis ist es hier notwendig, zwischen den historiographischen Begriffen „Anlaß“ und „Ursache“ zu unterscheiden —, wird in der Grundfrage gewissen sinnfälligen Einflüssen eine Bedeutung beigemessen, die ihnen strukturell, trotz ihrer furchtbaren Begleiterscheinungen, nicht zukommt. Der Verf. hat unsere volle Zustimmung, wenn er (S. 107) erklärt, daß heute, hundert Jahre nach dem Erscheinen des „Kommunistischen Manifests“, vom „Ende des Kapitalismus“ ernsthaft keine Rede sein kann. Solange aber diese reale Grundlage unserer Zivilisation erhalten bleibt, wird man auch nicht vom „Ende der Neuzeit“ sprechen können. Um so weniger, als die kulturtragenden geistigen Kräfte des Humanismus und der neuen Religiosität, die sie hervorriefen, nach unserem Glauben und unserem Streben unvergänglich sind.

Dennoch können wir uns des Gefühls nicht erwehren, daß sich die Menschheit abermals, um es mit einem sozialökonomischen Begriff, der sich sehr gut auch in der Soziologie verwenden läßt, auszudrücken, in einer „Grenzsituation“ befindet. Und wieder sind es äußere

Anlässe, die Erfindung der interkontinentalen und interplanetarischen Rakete, die diese Empfindung hervorrufen. Aber das Entscheidende werden auch hier die sozialen Umwälzungen sein, die sich, nur zum Teil als Folge der technischen Entwicklung, mehr unterirdisch vollziehen, und die m. E. auf die eine Welt abzielen. Wenn der Verf. demgegenüber auf einen Regionalismus, auf die NATO als Schild gegen die Expansionsbestrebungen und Gefahren des Ostens abstellt, so ist das gegenwärtig nur allzu berechtigt, und doch kann kaum ein Zweifel bestehen, daß die Machtblöcke eines Tages einer einheitlichen politischen Weltorganisation, die nach meinem Erachten den „Endzustand“ darstellt, werden weichen müssen. Aus diesem Grunde scheint der vom Verf. (S. 292) vertretene Pessimismus gegenüber der UNO, auch wenn wir von ihr in der Deutschlandfrage keine entscheidende Hilfe zu erwarten haben, nicht wohl begründet. Andererseits vermögen wir auch seinen Optimismus in verhältnismäßig untergeordneten Fragen nicht immer zu teilen. Das bezieht sich nicht zuletzt auf seine Rechtfertigung einer autonomen Konjunkturpolitik, deren Bedeutung er (besonders auch für die große Weltwirtschaftskrise) offenbar überschätzt. An Stelle eines Beweises, der hier nicht möglich ist, sei nur auf gewisse Konsequenzen einer übernationalen Lösung verwiesen, die in der Umwandlung der OEEC in eine OAE (Organisation für atlantische wirtschaftliche Zusammenarbeit) gipfeln.

Diese in Form von Randbemerkungen vorgebrachten kritischen Einwendungen beeinträchtigen in keiner Weise unser Gesamturteil, daß das Buch Wissenschaft und Politik, Schule und Allgemeinheit gleich gute Dienste zu leisten vermag.

Julius Gumpert - Berlin

Schumpeter, Joseph: *Gesammelte Aufsätze* in drei Bänden.

I. Aufsätze zur ökonomischen Theorie. 608 S. II. Aufsätze zur Soziologie. 232 S. III. Dogmenhistorische und biographische Aufsätze. 383 S. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen.

Schumpeter hat in der Zeit seiner Wirksamkeit in Österreich und Deutschland eine große Zahl von Abhandlungen und Aufsätzen geschrieben, die seine Hauptwerke zum Teil ergänzt, zum Teil neue Veröffentlichungen vorbereitet haben. Sie sind zumeist in den großen deutschen sozialwissenschaftlichen Zeitschriften (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Weltwirtschaftliches Archiv) erschienen und insoweit auch heute nicht schwer zu erreichen. Da aber ein Teil von ihnen in Sammelwerken, Schriftenreihen und Jahrbüchern zerstreut ist, so ist ihre Sammlung in den vorliegenden drei Bänden zu begrüßen.

Das Schwergewicht liegt natürlich auf dem ersten Bande, der die Aufsätze zur ökonomischen Theorie, insbesondere zur Geld- und Kredittheorie, zur Verteilungstheorie, zur Kapitalzinstheorie, zum Problem der Sozialisierung, zur Methodenlehre und zur Gestaltung des Studiums der Volkswirtschaftslehre enthält. Manche von ihnen haben

in der literarischen Diskussion eine erhebliche Rolle gespielt oder sind sogar in die Dogmengeschichte eingegangen. Die älteren Fachgenossen kennen sie, die jüngeren sollten sie jetzt nachlesen, nachdem sie leicht erreichbar sind.

Im zweiten Bande sind die Aufsätze zur Soziologie vereinigt. Es sind nur wenige, da Schumpeter nicht Soziologe, sondern Nationalökonom war, dem allerdings die soziologische Fragestellung nicht fremd geblieben ist. Von den hier wieder abgedruckten Aufsätzen verdient vor allem die Abhandlung „Zur Soziologie der Imperialismen“ Beachtung, da gegen Schumpeters Auffassung in der Literatur noch in der jüngsten Vergangenheit wiederholt Stellung genommen worden ist. Auch der Essay „Die sozialen Klassen im ethnisch homogenen Milieu“ ist noch heute lesenswert.

Besonders zu begrüßen ist die Sammlung von Schumpeters dogmenhistorischen und biographischen Aufsätzen im dritten Band. Sie behandeln bald in größeren Abhandlungen, bald in kurzen Aufsätzen die wichtigsten Nationalökonomien, die auf Schumpeter Einfluß gehabt haben oder mit denen er sich auseinandergesetzt hat: Léon Walras, Eugen von Böhm-Bawerk und Carl Menger, F. Y. Edgeworth und Knut Wicksell, Alfred Marshall und John Maynard Keynes, Franz Oppenheimer, Max Weber, Gustav Schmoller und Werner Sombart. Zwei von ihnen, die über Marshall und Keynes, sind erst in Amerika entstanden und mußten deshalb aus dem Englischen ins Deutsche übertragen werden. Alle aber sind höchst wertvolle Ergänzungen zu den „Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte“, die Schumpeter im „Grundriß der Sozialökonomik“ veröffentlicht hat.

Georg Jahn - Berlin

Höfermann, Friedhelm: *Geldmarkt und Geldmarktgeschäfte*. (Veröffentlichungen des Bank- und Börsenseminars der Universität Köln, herausgegeben von Bankier Dr. h. c. Fritz Höfermann † und Univ.-Prof. Dr. H. Rittershausen, Band IV.) Frankfurt am Main 1959. Fritz Knapp Verlag. 111 S.

Das dünne Bändchen von rund 70 eigentlichen Textseiten, das die Bezeichnung eines Bandes nicht verdient und die Aufnahme in die Schriftenreihe einer Universität nicht rechtfertigt, beginnt mit einer „Einführung“ in drei Abschnitten, es enthält vier Kapitel (A. Der Geldmarkt, B. Geldmarktgeschäfte, C. Zusammenhänge zwischen Geldmarkt und anderen Märkten, D. Schluß); ihnen folgen Fußnoten, Abbildungen, Literaturverzeichnis. Die Fußnoten Nr. 1 bis 175 befinden sich beisammen auf S. 85 bis 93, damit nur ja der Verf. jede Bequemlichkeit und Erleichterung erfährt, wenn auch dem Leser damit jede Unbequemlichkeit und Erschwerung zugemutet wird. Die Abbildungen enthalten primitive Darstellungen über Zinssätze am Geldmarkt (Abb. 1 bis 7) und Fotokopien von Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen der Bundesrepublik und der Bundesbahn (Abb. 8 bis 12).

Das Literaturverzeichnis enthält neben einschlägigen Schriften eine Reihe völlig veralteter und wertloser Veröffentlichungen, während selbst die bedeutendsten Kölner Arbeiten, aber auch sonst die wichtigsten deutschen und ausländischen Spezialuntersuchungen, Abhandlungen und Artikel in den jüngst erschienenen Sammel- und Nachschlagewerken einschließlich des „Handwörterbuchs der Sozialwissenschaften“ und des „Handwörterbuchs der Betriebswirtschaft“ fehlen.

Der Herausgeber, der diese Arbeit mit einem Vorwort versieht, sagt darin: „Es ist erfreulich, daß in der vorliegenden Abhandlung die Probleme, die Geldmarkt und Geldmarktgeschäfte bergen, rein empirisch aus der Praxis des Alltags der Bank heraus entwickelt werden, wobei nun aber im Sinne der reduktiven Methode, die Induktion und Deduktion verbindet, das theoretische Rüstzeug voll zur Entfaltung kommt und zu Ergebnissen führt.“ Was in dieser Arbeit geschrieben wurde, ist höchst unerfreulich. Werden Probleme rein empirisch entwickelt? Der Verf. erwähnt in seinen angeblich rein empirischen Ausführungen die Standorttheorie (S. 14, 24), die Zins-theorie (S. 26, 43), die Differentialrente (S. 27), die gesetzlichen Mindestreserven (S. 19, 39). Der größte Fehler in einer solchen angeblich rein empirischen Entwicklung beginnt schon beim Geldmarkt, denn dieser ist bereits kein empirischer Begriff mehr. Da der Verf. nichts unternimmt, um den Begriff zu erklären, weder nach der räumlichen Ausdehnung noch nach den Trägern, Objekten und gesamtwirtschaftlichen Funktionen des Geldmarktes, vermag er das Geschehen im Geldmarkt weder zu begrenzen noch zu erklären, obwohl es ihm an praktischen Einblicken nicht fehlt. Sein Geldmarkt, wie er ihn versteht und beschreibt (vgl. S. 68), ist der Bankenmarkt, „der Geldmarkt in unserem Sinn“, nicht jedoch der Kundenmarkt als Geldmarkt im weiteren Sinn, „auf dem das Angebot und die Nachfrage nach kurzfristigen Krediten zwischen Geschäftsbanken und Nichtbanken zusammentreffen“ (S. 68). Vorher hat der Verf. in ständigen Widersprüchen dargelegt, daß der von ihm behandelte Geldmarkt im Sinne des Bankenmarktes die Zentralnotenbank ausschließt (vgl. S. 13, 19, 23). Der Gegenstand des Geldmarktes besteht aus Zentralbankgeld und Geldmarktpapieren (S. 11). Ausgeschlossen aus der Betrachtung bleiben somit alle Nichtbanken, also auch die Emittenten eigener Geldmarktpapiere wie Bundesbahn, Bundespost, Bund und Länder, die Darlehnsgeber am Geldmarkt wie die privaten Versicherungen und Großunternehmungen, die eigene Finanzdispositionen im Geldmarkt durchführen. Ebenso unhaltbar ist die Darstellung der Geldmarktpapiere als „geldmarktfähige Titel“ und die widerspruchsvolle Beurteilung des Lombardgeschäfts (S. 43, 47). Es bleibt völlig unklar, ob die Ausgleichsvorgänge im Zahlungsverkehr der Großbanken und Spitzeninstitute untereinander zum Geldmarkt zählen oder nicht. Für die Interpretation des Bargeldumlaufs und Kreditvolumens (S. 18) fehlt jedes Verständnis. Dazu reicht eben die Empirie nicht, und mit einer nachfolgenden Induktion und Deduktion ist nichts anzufangen.

Der Geldmarkt ist nach Ansicht des Verf. später entstanden als die Zentralbanken (S. 24). Die Zinssätze richten sich nach Liquidität und Rentabilität, aber wie ist nirgendwo zu erfahren. Sie sind zwar nach oben und unten begrenzt, es wird aber an Bilanzstichtagen „praktisch jeder Satz gezahlt“ (S. 38). Das ist Empirie.

Der Stil und die Ausdrucksweise der Arbeit sind undiskutabel. S. 36 beginnt fast jeder Satz mit einem Verbun, der folgende Nebensatz mit „so“ (War . . . , so . . .). Ausdrücke wie „macht eine Kritik geltend“, „Auflösung der Geschäfte“, „macht . . . von Wichtigkeit . . . nichtkurs-tragende Titel“, „hierdurch kann ein gesunder Einfluß ausgehen“ durchziehen das ganze Buch. Völlig falsch sind die Äußerungen S. 14 über die Sparkassen- und Giroverbände, die hier mit regionalen Bankinstituten gleichgestellt werden. „Für die Sparkassen und Giroverbände treten als Zentralinstitute die Girozentralen im Markt auf, für die Genossenschaftsbanken die jeweiligen Zentralbanken . . .“

Diese Neuerscheinung gereicht weder dem Herausgeber noch der Universität Köln und dem Verlag Fritz Knapp, Frankfurt, zur Ehre.

H. L i n h a r d t - Nürnberg

Kraus, Otto: *Geld — Kredit — Währung*. Berlin 1958. Verlag Duncker & Humblot. 262 S.

Das Buch ist in erster Linie als Leitfaden für den akademischen Unterricht gedacht und ist als solcher sicherlich nicht ohne Wert. Jedenfalls ist seine Darstellung verhältnismäßig leicht verständlich und gut lesbar. Weniger erfreulich sind die Autorenauswahl und das Autorenregister des Verfassers, das zum Teil unter schwer verständlichen Gesichtspunkten zusammengestellt erscheint. So ist die moderne amerikanische, französische und italienische Literatur sehr wenig berücksichtigt und aus der österreichischen eine eher etwas sonderbare Auswahl getroffen. Vielleicht wäre es auch wünschenswert gewesen, manche theoretischen Anschauungen einzelner Autoren nicht so weitgehend ohne Kritik wiederzugeben, wie dies zum Beispiel manchmal hinsichtlich Keynes geschehen ist. Wenn man das Autorenregister nicht dahin auslegen will, daß es gleichzeitig eine Anleitung für den Studierenden sein soll, was er vor allem zu lesen habe, so mag man das als einen verzeihlichen Mangel bezeichnen. Nach unserer Meinung liegt ein großer Teil des Erfolges eines Lehrbuches darin begründet, daß es nicht nur einfach Literaturhinweise bietet, sondern eine Anleitung zum Studium der Literatur direkt oder indirekt darstellt. Mit Recht betont der Verfasser selbst, daß auch für den Studenten der Satz gilt, „daß der Appetit beim Essen kommt“. In dieser Beziehung hätte man das sonst sehr verdienstvolle Buch schon etwas schmackhafter gestalten können.

Alles in allem aber bleibt das Buch ein durchaus nicht uninteressanter Versuch, geleitet von dem ehrlichen Bestreben, nicht nur lehrhaft zu wirken, sondern zu lehren.

R i c h a r d K e r s c h a g l - Wien

K n a p p , G. F., und B e n d i x e n , F.: *Zur staatlichen Theorie des Geldes.* (Briefwechsel von 1905—1920.) Basel 1958. Kyklos-Verlag. 268 S.

Es ist zweifellos ein Verdienst des Herausgebers, diesen Briefwechsel der Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu haben, dies auch dann, wenn man mit dem Inhalt der Erörterungen des Herausgebers nicht in allen Punkten übereinstimmen möchte. Gerade der Schreiber dieser Zeilen, der nicht nur mit K n a p p und B e n d i x e n selbst in eifriger Korrespondenz gestanden hat und auch ein Freund Dr. Caligaris, des damaligen Sekretärs der österreichisch-ungarischen Bank, war, der wohl als erster im deutschen Sprachraum die Bedeutung Knapps erkannt hat und trotz heftiger Kritik auch in nicht immer harmlosen Diskussionen und Debatten dafür eingetreten ist. Wenn man das Werk dieser beiden Männer heute, nach 50 Jahren, rückblickend betrachtet, so wird man dies vielleicht auch unter anderen Gesichtspunkten als der Herausgeber tun können. Man tut der Größe des Werkes von K n a p p keinen Abbruch, wenn man feststellt, daß er bestimmt kein wissenschaftlich geschulter Nationalökonom im Sinne der heutigen Zeit war. Seine Bedeutung liegt viel eher im Soziologischen, im Juridischen und im Klassifikatorischen, wo man ihn ohne weiteres auf seinem Gebiet etwa mit Männern wie H y r t l und L i n n é e auf anderen Gebieten vergleichen kann. Die Hauptprobleme des Geldwesens sehen wir heute allerdings anders.

Was nun B e n d i x e n angeht, so war er der große Praktiker neben dem großen Gelehrten K n a p p. Man kann allerdings im Gegensatz zum Herausgeber sehr wohl der Meinung sein, daß insbesondere F u l l a r t o n , aber auch T o o k e seine meisten Erkenntnisse vorweggenommen haben, wobei allerdings gesagt werden muß, daß diese Literatur B e n d i x e n kaum bekannt war. Man muß auch der Gerechtigkeit halber sagen, daß gerade B e n d i x e n zur Verbreitung der K n a p p schen Ideen außerordentlich viel beigetragen hat, daß aber seine schreckliche Entgleisung „Kriegsanleihe und Finanznot“ viel dazu beigetragen hat, K n a p p selbst, wenn auch mit Unrecht, inflatorischer Tendenzen zu beschuldigen. Die menschliche und wissenschaftliche Leistung B e n d i x e n s überwiegt aber auch sicherlich diesen „Fehltritt“.

Die Herausgabe dieser Briefsammlung ist jedenfalls ein beachtliches und anerkanntes menschliches und wissenschaftliches Dokument.

R i c h a r d K e r s c h a g l - W i e n

S c h i l c h e r , R u d o l f : *Geldfunktion und Buchgeldschöpfung.* Berlin 1958. Verlag Duncker & Humblot. 220 S.

Ein nicht uninteressantes Buch, das von einer recht guten Literaturkenntnis zeugt; es ist auch wirklich an der Zeit gewesen, daß man sich mit dem Thema der Buchgeldschöpfung eingehend beschäftigt. Es sind auch dem Verfasser eine Reihe recht kluger und richtiger Feststellungen gelungen. Ich halte zum Beispiel das kurze Kapitel über die Geld-

schöpfungsmacht der Universalbanken oder das Kapital über die reale Zinstheorie für klar, einprägsam und geschickt in der Darstellung, desgleichen das Kapitel über das Geld als Wertaufbewahrungsmittel. Ob seine, wenngleich sehr vereinfachten, mathematischen Formeln der besseren Verständlichkeit dienen, ist nicht so ohne weiteres zu beantworten. Sicherlich ist es heute die große Mode; andererseits gibt es meines Erachtens kaum ein Problem, bei dem die verbale Darstellung nicht ebenso gemeinverständlich, ja viel gemeinverständlicher an die Stelle der mathematischen Darstellung treten kann. Es ist doch meist so, daß zwar die mathematische Darstellung gewisse funktionelle Vorteile hat, daß aber die Schwierigkeiten bei der Begriffserklärung der einzelnen mathematischen Faktoren erst beginnen. Ähnliches gilt auch von den Modellen, die außerordentlich wertvoll sein können, aber eben nur dann, wenn es sich um Erscheinungen oder Vorgänge handelt, die für eine modellhafte Darstellung besonders geeignet sind. Das Problem liegt also nicht in der grundsätzlichen Anwendung der mathematischen Methode, sondern vielmehr in der Definition und der wirklichen Lebensnähe der in den mathematischen Formeln eingesetzten Begriffsgrößen. Hierbei wird nur allzu oft eine Methode des „als ob“ angewendet. Jedenfalls handelt es sich hier um eine beachtliche und seriöse Arbeit.

Richard Kerschagl - Wien

Zucker, Ernest: „Standard Gold“ and Silver. New York 1958. Kraus Reprint Corporation. 88 S.

Der Autor ist als Verfechter einer Wiedereinführung des Bimetallismus und damit einer Remonetisierung des Silbers aus einer Reihe von Publikationen wohlbekannt. Das Buch enthält auch eine Reihe bemerkenswerter Gedanken, die allerdings zum Teil nicht neu sind. Ich glaube jedoch, daß — wie bei den meisten „Silverits“ — die wirkliche Zweckmäßigkeit einer Remonetisierung des Silbers nur im rosigsten Licht gesehen wird. Wenn der Verfasser glaubt, durch Erhöhung der Metalldeckung der Notenbanken durch Wiedereinbeziehung von Silber ihre Emissionsfähigkeit zu erweitern, so ist dazu zu sagen, daß eine Inflation auf Silberbasis nicht besser ist als eine auf Papierbasis. Und wenn der Verfasser als einen der Hauptvorteile einer solchen Erweiterung preist, daß die Rohmaterialpreise dann um 50 % steigen würden, so kann man nur sagen, daß man durch eine Papierinflation den gleichen, allerdings sehr zweifelhaften Effekt erzielen könnte. Daß man das Silber sozusagen „vollwertig“ in eine neue Wertrelation in ein neues Währungssystem einbringen will, ändert nichts an der Tatsache, daß man damit einem alten „Ladenhüter“ neues Leben einhauchen will. Und was die Welt davon gewinnen sollte, wenn Europa und Amerika durch die bessere Verwertbarkeit der Silberbestände, vorwiegend Asiens, nunmehr als Gegenleistung für gute Ware mit dem alten Ladenhüter Silber überschwemmt würde, ist ebenfalls mehr als zweifelhaft. Im Prinzip geht aus dem Buch wieder einmal hervor, daß es den meisten Silberanhängern nicht nur um eine

Remonetisierung des Silbers, sondern ebenso sehr um eine temporäre Wirtschaftsankurbelung durch Inflation geht, ein Umstand, auf den ich bereits in meinem Buch „Die Zukunft des Silbers“ (Wien und Berlin 1932) hingewiesen habe. Richard Kerschagl-Wien

Weinstein, Bernd: *Bankverbindung richtig nutzen*. München 1957. Verlag Moderne Industrie. 216 S.

Die Kreditinstitute sind mit ihren verschiedenen Rechtsformen zu einem nicht mehr fortzudenkenden festen Bestandteil unserer modernen Wirtschaft geworden. Über ihre Geschäfte sind sie eng mit den Unternehmen der Wirtschaft wie auch untereinander verbunden. Ihre Tätigkeit reicht in alle Branchen und ihre Verbindungen kennen in toto keine Begrenzung. An diesem so weitreichenden und vielseitigen Bankverkehr kann jeder durch die Unterhaltung eines Kontos teilnehmen.

Durch die gegenwärtigen Bestrebungen nach einem rationellen Zahlungsverkehr finden breitere Bevölkerungskreise Zugang zum Bankverkehr. Nicht selten aber bleibt eine solche Bankverbindung mangels Kenntnis weiterer Möglichkeiten in den primitivsten Anfängen des alltäglichen Zahlungs- und Überweisungsverkehrs stecken.

Weinstein gibt uns mit seinem Buch, das durchaus wert ist, gelesen zu werden, einen interessanten Überblick über die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten einer Bankverbindung. Er beschränkt sich dabei keineswegs auf eine Beschreibung und Darstellung der Geschäfte, sondern greift auch die funktionelle Teilung in der Kreditwirtschaft auf. Darüber hinaus setzt er sich mit der Bankbilanz, dem „Aushängeschild“ jedes Kreditinstituts, auseinander und den Leser in den Stand, die Zusammenhänge der Bilanzpositionen besser zu verstehen. Beachtenswert ist der VI. Teil: Am Zügel der Notenbank. Der Verfasser hat es verstanden, mit knappen Worten in die volkswirtschaftlich-währungspolitischen Zusammenhänge einzuführen und in einem kurzen Abriß die wichtigsten Fragestellungen herauszuarbeiten.

Insgesamt ist das Buch als gelungen zu bezeichnen, das man wegen der unkomplizierten Darstellung gern liest und das mit seinem Stichwortverzeichnis, man findet das heute immer seltener, den Komfort eines kleinen Nachschlagewerks bietet.

F. W. Wichmann-Lüneburg

Bayer, Hans: *Wirtschaftsgestaltung*. Berlin 1958, Verlag von Duncker & Humblot. XI, 760 S.

Bayer will in seinem Buch dazu beitragen, eine Synthese der Wirtschaftslehre zu schaffen. Mit Hilfe der angewandten Theorie der ökonomischen Spannungen sucht er die Probleme einheitlich zu erfassen, um damit zu einer Grundlegung einer umfassenden Wirtschaftspolitik im Sinne einer synthetischen Wirtschaftslehre zu kommen. Dieser Versuch ist eigenartig und neu.

Im ersten Teil seines Buches behandelt der Verfasser die grundlegenden aktuellen Fragen der Volks- und Weltwirtschaft, die als ökonomische Spannungen in ihrer historischen Entstehung betrachtet werden. Der Inhalt des ersten Teils soll als Material für den zweiten dienen, in dem zunächst einmal dogmenhistorisch gezeigt wird, wie man bisher dem Problem der ökonomischen Spannungen gerecht geworden ist. Es folgt dann eine vom Verfasser entwickelte eigene Theorie der ökonomischen Spannungen. Davon gibt es vier Gruppen, und zwar die Spannungen zwischen absoluten und relativen Werten, die zwischen Produktion und Konsumtion, dann Spannungen zwischen güterwirtschaftlicher und geldwirtschaftlicher Sphäre sowie zwischen dem einzelnen und der Gesamtheit. Die Überlegungen des zweiten Teils zeitigen das Ergebnis, daß das Modell der einfachen Wirtschaft Friedrich v. Wiesers, falls es realisierbar ist, am ehesten als zielgerecht im Sinne Bayers bezeichnet werden könnte.

Am Schluß jedes einzelnen Kapitels findet man sehr eingehende Literaturangaben, die das Buch zu einem wertvollen Nachschlagewerk über die Probleme der Wirtschaftsgestaltung machen. Ein Namens- und Schlagwortregister erleichtert die Benutzung des sehr umfangreichen Werkes.

Das Bayersche Buch enthält wohl eine Fülle neuartiger Betrachtungen, und sicher sind die Darlegungen über die wirtschaftlichen Spannungen in Indien und in China sowie über die Versuche, sie zu überwinden, fesselnd, zumal sie auf Forschungsergebnissen beruhen, die der Verfasser selbst gewonnen hat, als er diese Länder vor einigen Jahren bereiste. Auch was er über die Spannungsverhältnisse in der Welt zwischen Ost und West ausführt, zeigt sicher einen gewissen Gedankenreichtum. Aber man hat doch bei der Lektüre des Buches den Eindruck, als ob die Gedanken noch mehr geklärt und präziser hätten zum Ausdruck kommen müssen. Eine straffere Ordnung hätte auch manche Wiederholungen vermieden und den Umfang des Werkes kleiner gehalten.

Wenn man nun die Spannungsgruppen betrachtet, so liegen sie auf ganz verschiedenen Ebenen. Die erste Spannung ist ein Problem der Ethik, die zweite und dritte liegt im ökonomischen Bereich, und die vierte erstreckt sich auf das gesellschaftliche Gebiet. Kann da wirklich eine Synthese von innen heraus zustande kommen?

Bayer ist der Meinung, daß vor noch nicht hundert Jahren Europa ein Zentrum geistiger und wirtschaftlicher Macht gewesen sei, weil diese geistige und materielle Macht im wesentlichen darauf beruht hätte, daß die europäische Gesellschaft im Christentum und in den Gedanken des Humanismus verankert gewesen sei. Als jedoch die Verankerung der relativen an die absoluten Werte aufgegeben worden wäre, hätte ein Verfall der wirtschaftlichen Macht Europas eingesetzt, die sich am Rückgang des europäischen Anteils an der industriellen Weltproduktion zeigte. Man wird die Richtigkeit dieser These in Frage ziehen müssen. Die entscheidende Ursache des Rückgangs

der europäischen Industrieproduktion an der industriellen Erzeugung der Welt ist vielmehr das Emporkommen neuer industrieller Gravitationszentren zunächst in Amerika und Japan und zuletzt in der Sowjet-Union. Dadurch wurde Europa nicht mehr die entscheidende Kraft im weltwirtschaftlichen und im weltpolitischen Geschehen, sondern es blieb eine Kraft neben anderen.

Den Zweck der Wirtschaft sieht Bayer darin, daß sie die für die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit erforderlichen Sachgüter zur Verfügung stellt. Damit aber wird die Wirtschaft überfordert. Sie kann nur Bedarf und Deckung in Einklang bringen. Was der einzelne Mensch mit den Gütern macht, die er ersteht, kann die Wirtschaft nicht mehr bestimmen. Die Entfaltung der Persönlichkeit ist eine ganz persönliche Aufgabe des Einzelnen. Die Sozial- und Wirtschaftsordnung kann allerdings dem einzelnen Menschen es erleichtern, seine Persönlichkeit zu entfalten, indem sie ihm die Freiheit gibt, die er dazu benötigt. Die ökonomische Freiheit, die eine Sozial- und Wirtschaftsordnung verbürgen kann, besteht darin, daß der Mensch frei ist in der Wahl seiner Betätigung und seines Konsums. Aber gerade in den letzten Jahrzehnten ist ein gefährlicher Zwiespalt zwischen ökonomischer Freiheit und Unfreiheit aufgetreten, eine Spannung, die Bayer leider nicht berücksichtigt hat. Diese Spannung ist darum so beachtenswert, weil sie zur Vernichtung eines absoluten Wertes um eines relativen willen führt. Dieser absolute Wert ist die Freiheit. Der moderne Mensch flüchtet nämlich aus dem Bestreben nach Schutz und Sicherheit in die Arme des Wohlfahrtsstaates und damit in die Unfreiheit. Otto Veit hat in seinem Buch über die Soziologie der Freiheit darauf hingewiesen, wie der moderne Mensch Gefahr läuft, seine Freiheit zu verlieren, wenn er nicht an seine Willensfreiheit glaubt, und wenn er nicht den Willen aufbringt, seine Freiheit zu erhalten. Erst wenn dieser schöpferische Wille da ist, der Wirtschafts- und Sozialordnung bewußt den Forderungen der Freiheit unterwirft, kann die Freiheit gewahrt werden. Die Freiheit aber ist der wichtigste absolute Wert des Menschen, weil nur sie seiner Würde entspricht.

Damit aber taucht die Frage auf, was Bayer eigentlich unter absoluten Werten versteht. Absolute Werte sind für ihn solche Werte, die ihre Bedeutung in sich tragen. Das aber können nur Werte sein, die transzendent verankert sind. Die relativen Werte sind abgeleitete Werte, und die Gefahr besteht nach Bayer darin, daß die relativen Werte verabsolutiert werden können. Das ist nach Bayer auch die Gefahr der sozialen Marktwirtschaft, weil bei ihr die Spannung zwischen absoluten und relativen Werten nicht ins Gewicht falle. Sie sieht als höchsten Wert ein Maximum an Produktion. Aber diese Kritik dürfte doch zu einseitig sein. Wenn Erhard als Ziel der sozialen Marktwirtschaft den Wohlstand für alle hinstellt, so will er eben nicht den Wohlfahrtsstaat, der dem einzelnen seine Freiheit und seine Selbstverantwortung raubt, sondern er will die Unabhängigkeit des einzelnen vom Staat und seinen Selbstverwaltungskörpern, er will die

freie Persönlichkeit, die Selbstverantwortung des einzelnen im Rahmen der sozialen Gerechtigkeit. Damit aber hält gerade die soziale Marktwirtschaft die absoluten Werte fest.

Die theoretischen Überlegungen im zweiten Teil seiner Arbeit haben Bayer zu dem Ergebnis geführt, daß das Modell der einfachen Wirtschaft, wie man es in Friedrich v. Wiesers „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft“ findet, im Falle seiner Realisierbarkeit am ehesten geeignet ist, das von Bayer der Wirtschaft zugeschriebene Ziel zu erreichen. Da ist nun zunächst zu fragen, ob das Wiesersche Modell überhaupt realisierbar ist. Die einfache Wirtschaft ist bei Wieser eine gedankliche Konstruktion, wie der Thüniensche isolierte Staat, also ein Idealtyp, der gar nicht verwirklicht werden kann. Wieser benutzt ihn, um daran die Grundbegriffe des Wirtschaftens und die diesen Grundbegriffen zugrunde liegenden Tatbestände zu erläutern. Die Wiesersche einfache Wirtschaft steht also wieder auf einer ganz anderen Ebene als die Realtypen der freien Konkurrenz, des Monopols und der monopolistischen Konkurrenz, die nach Bayer nicht in der Lage sind, die Spannungen auszugleichen und die absoluten Werte zu wahren. Bayer macht vielmehr den Idealtyp Wiesers zur Utopie, wenn er aus ihm eine einfache, nach dem berufsständischen Prinzip aufgebaute dezentralisierte Verwaltungswirtschaft gestalten will, die dann für ihn die Gewähr bietet, daß die Spanne zwischen absoluten und relativen Werten überbrückt wird. Was zu dem Problem der Freiheit in einer Verwaltungswirtschaft grundsätzlich zu sagen ist, haben Roepke, Rüstow und Eucken eingehend und treffend ausgeführt, und daraus geht hervor, daß diese dezentralisierte, berufsständisch aufgebaute Verwaltungswirtschaft gerade der Forderung widerspricht, die Bayer selbst an die Wirtschaft gestellt hat. Damit ist die Synthese nicht gelungen und an ihre Stelle ist die Utopie getreten.

W. M. F r h r. v. B i s s i n g - Berlin

T u c h t f e l d , E g o n : *Gewerbefreiheit als wirtschaftspolitisches Problem.* (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 18.) Berlin 1955. Verlag Duncker & Humblot. 220 S.

Die Gewerbefreiheit ist als historisches und wirtschaftsrechtliches Problem, insbesondere in ihrer wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung verschiedentlich dargestellt worden. Es fehlte noch eine Untersuchung, die sie in ihren ordnungspolitischen Zusammenhängen behandelt. Das Verdienst der vorliegenden, sehr eindringlichen und auf die aktuelle Problematik bezogenen Arbeit ist es, dieses Problem in einer Weise in Angriff genommen und durchgeführt zu haben, die die Eingliederung der mit der Gewerbefreiheit gegebenen Problemstellung in die heutige Theorie der Wirtschaftspolitik und damit den Anschluß an die gesetzgeberischen Maßnahmen nach 1945 ermöglicht. Daß dabei die geschichtlichen Voraussetzungen am Ende des 18. Jahrhunderts und vor allem im 19. Jahrhundert in ihren verschiedenen Stadien nicht ausführlich behandelt werden, darf man dem Verfasser, der ja in erster Linie aktuelle

Fragen behandeln will, nicht verübeln. Jeder, der die in ihren Einzelheiten zum Teil schwer zu überblickende Gewerbepolitik seit 1945 verfolgen will, sei auf die Ausführungen im 3. und 4. Kapitel verwiesen. Der zweite Teil des Werkes gibt eine sorgfältige Analyse der Einschränkungen der Gewerbefreiheit, bei deren Darstellung allerdings der Standpunkt des Verfassers auch in seiner weltanschaulichen und politischen Orientierung klar zutage tritt. Als besonders wertvoll muß vor allem auch der dritte Teil empfohlen werden, der synthetisch die Maßstäbe für die optimale Gestaltung der Gewerbeverfassung zum Gegenstand hat. In einem Schlußwort werden die Thesen des Verfassers, übersichtlich und klar in Erscheinung tretend, zusammengefaßt. Das Buch stellt zweifelsohne eine wertvolle Bereicherung des Schrifttums über Gewerbepolitik dar.

Friedrich Bülow - Berlin

Borchardt, Knut, und Fikentscher, Wolfgang: Wettbewerb, Wettbewerbsbeschränkung, Marktherrschaft. (24. Heft der Abhandlungen aus dem gesamten Handelsrecht, Bürgerlichen Recht und Konkursrecht.) Stuttgart 1957 Ferdinand Enke Verlag. 84 S.

Die beiden Verfasser unternehmen als wissenschaftliche Assistenten der Universität München den bedeutsamen Versuch, die drei Tatbestände: „Wettbewerb, Wettbewerbsbeschränkung, Marktherrschaft“ unter Berücksichtigung der Dekartellierungsbestimmungen und des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zu Rechtsbegriffen zu formen. Von der baldigen Lösung dieser schwierigen Aufgabe wird der Erfolg oder Mißerfolg des sogenannten neuen Kartellgesetzes zu einem erheblichen Teile abhängen. In drei Teilen werden unter vielfachen Bezugnahmen auf andere Verfasser der Wettbewerbsbegriff, die Beschränkung des Wettbewerbs und die Marktherrschaft untersucht. Die Ausführungen zeugen von viel gutem Willen und Kenntnis der Literatur. Angesichts der Neuheit und Kompliziertheit der Materie ist es aber verständlich, daß dieser Versuch noch nicht zu Klärungen und Fortschritten führen konnte.

Wenn in der am Schlusse vorgeführten Zusammenfassung der Wettbewerb im Sinne des Rechtes der Wettbewerbsbeschränkungen als „das selbständige Streben sich gegenseitig im Wirtschaftserfolg beeinflussen der Anbieter und Nachfrager (Mitbewerber) nach Geschäftsverbindung mit Dritten (Kunden) durch Inaussichtstellen möglichst günstiger Geschäftsbedingungen“ definiert wird, so befriedigt eine solche Begriffsbestimmung zunächst wenig. Vielleicht käme man weiter, wenn man unter Wettbewerb im wirtschaftlichen Sinne das Streben verstehen würde, im Einkauf, Fertigung und Vertrieb, sogar im Haushalt als Konsumstätte, Mitstrebende zu übertreffen. In einer solchen Wortfassung käme das Leistungsstreben, der Sinn und Zweck jeglicher wirtschaftlicher Tätigkeit deutlich zum Ausdruck. Auf einer solchen einfachen und klaren Begriffsbestimmung ließe sich eine treffende und brauchbare Rechtsfassung vielleicht leichter aufbauen. Entsprechend

könnte man bei den beiden anderen Begriffen verfahren. Die Schrift bietet auf jeden Fall Anregungen, in der schwierigen Rechtsfrage weiter zu gelangen.
M a x M e t z n e r - Berlin

Fikentscher, Wolfgang: *Wettbewerb und gewerblicher Rechtsschutz. Die Stellung des Rechts der Wettbewerbsbeschränkungen in der Rechtsordnung.* (Schriften des Instituts für Wirtschaftsrecht an der Universität Köln, herausgegeben von H. C. Nipperdey, Band 7.) München und Berlin 1958. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. 316 S.

Das neue deutsche Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen hat mit den jahrelangen Kämpfen um seine Gestaltung und mit seiner endgültigen Fassung eine Bewegung ausgelöst, die unter anderem eine wachsende Literatur hervorbringt, deren Ende und Intensität nicht abzusehen ist. Neben den Kommentaren zu diesem Gesetz erscheinen fortlaufend eingehende Untersuchungen über seine Grundbegriffe. Charakteristisch ist dabei das Übergewicht der rechtlichen Studien und Stellungnahmen gegenüber den vorwiegend wirtschaftlichen Forschungen und Veröffentlichungen früherer Zeit auf diesem Gebiete. Dieser Wandel ist für die Ergebnisse und praktischen Folgerungen von erheblicher Bedeutung.

In seinen Grundstellungen operiert dieses Rechtsgebiet mit Begriffen, wie z. B. Markt, Wettbewerb, Marktbeherrschung, Wettbewerbsbeschränkungen, unlauterer Wettbewerb und dergleichen. Die wirtschaftliche Forschung sucht seit Jahrzehnten und gar Jahrhunderten eine faßbare Deutung dieser grundlegenden Begriffe zu erreichen, ist aber auf diesem Wege noch nicht weit fortgeschritten. Die theoretische Forschung hinkt noch weit hinter dem Leben und seinen Bedürfnissen her. Um so schwieriger und auch bedenklicher ist es, diese bedeutsamen, mannigfaltigen und stets wandelbaren Erscheinungen in die feste Form rechtlicher Begriffe zu gießen, deren Gesetzesanwendung für das wirtschaftliche Leben von tiefgreifender Bedeutung ist. Hier entsteht leicht die Gefahr formalrechtlicher Lösungen, die die Wirtschaft und ihre Forschung wenig befriedigen.

Es kommt hinzu, daß die neue deutsche Gesetzgebung auf diesem Gebiete des Wirtschaftsrechts amerikanischen Vorbildern gefolgt ist, in die sich die amerikanische Wirtschaftsmentalität nach langwierigen Anfangsschwierigkeiten allmählich hereingefunden hat. Dagegen lag es dem deutschen und wohl auch vielen europäischen Wirtschaftsmenschen seit jeher mehr, mit klaren und bestimmten Rechtsgrundlagen rechnen zu können. Diese Unterscheidungen drücken nicht nur Theorien und Einstellungen aus; sie beeinflussen auf die Dauer umwälzende Gestaltungen der Wirtschaftsstruktur. Es ist nicht ausgeschlossen, daß z. B. eine wirksame Bekämpfung des Kartells als Marktereinigung gleichzeitig eine stärkere Entwicklung zum Konzern und Trust auslöst. Wer das wirtschaftliche Leben kennt, versteht derartige Bedingtheiten, und das Leben zeigt sie schließlich auch dem Fernstehen-

den mit offensichtlicher Deutlichkeit. Diese einleitenden Überlegungen und Feststellungen sollen die kurze Vorführung und Erläuterung des vorliegenden interessanten Werkes erleichtern.

Der Verfasser sucht nach einheitlichen, übergeordneten Gesichtspunkten für das Recht des unlauteren Wettbewerbs, der Wettbewerbsbeschränkungen und der gewerblichen Schutzrechte, wie Patent-, Muster-, Warenzeichen- und Urheberrechte. Wie schwierig ein solcher Versuch ist, geht schon daraus hervor, daß diese Gebiete zwar rechtlich getrennt werden, aber wirtschaftlich so eng miteinander verbunden sind, daß die Trennungen zum Teil formale Züge aufweisen, die leicht zu Fehlurteilen führen können. So befriedigt z. B. die Kennzeichnung des Grundbegriffes „Markt“, der durch die Größen Gut, Raum und Zeit bestimmt wird, wenig. Wenn die Abhängigkeit dieser drei Größen voneinander als die Interdependenz oder die Interrelation der Marktdeterminanten bezeichnet wird, entsteht kaum eine größere Klarheit. Wird die wettbewerbsmäßige Gleichartigkeit von Waren mit einem Hinweis auf die sogenannte Kreuzpreiselastizität gedeutet, so ergeben auch derartige Hinweise kaum Merkmale einer Klärung der bedeutsamen und schwer faßbaren Markterscheinungen. Auf diesem Wege ist es kaum möglich, zu inhaltvollen Richtlinien eines allgemeinen Wettbewerbs zu gelangen. Davon zeugt auch die Zusammenfassung am Schlusse des Werkes.

Der wirtschaftliche Wettbewerb wird als „das selbständige Streben sich gegenseitig im Wirtschaftserfolg beeinflussender Bieter und Nachfrager (Mitbewerber) nach Geschäftsverbindung mit Dritten (Kunden) durch Inaussichtstellen möglichst günstiger Geschäftsbedingungen“ definiert. Eine solche Begriffsbestimmung erscheint unzulänglich und ließe sich in verschiedenen Einzelpunkten angreifen. Wenn man weiter unter Wettbewerbsrecht im Kern das Recht zum Schutze der Persönlichkeit erblickt, so wird eine solche Kennzeichnung auch nicht der heutigen Unternehmensverfassung gerecht. Es dürfte auch übertrieben sein, wenn man behauptet, daß ein entscheidender Vorsprung eines Mitbewerbers die freie Entfaltung der andern und die der Kunden zum Stillstand bringt. So ließen sich noch manche Punkte vorführen, die unzulänglich gefaßt sind und wenig zu einer inhaltreichen Klärung eines allgemeinen Wettbewerbsrechtes beitragen dürften. Trotzdem kann das Werk, das sich weitreichend auf Literatur stützt, Beachtung und Interesse beanspruchen.

M a x M e t z n e r - B e r l i n

R a s c h , H a r o l d : *Wettbewerbsbeschränkungen, Kartell- und Monopolrecht. Kommentare zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen*. Herne 1957. Verlag Neue Wirtschafts-Briefe. 248 S.

Wie der Verfasser im Vorwort hervorhebt, ist „kein Gesetz der Bundesrepublik, ja kaum ein deutsches Gesetz überhaupt länger und heftiger umkämpft gewesen als das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“. Allein aus diesem Grunde war mit einer großen Zahl von Kommentaren zu rechnen. Der Verfasser, der sich an den

jahrelangen Diskussionen intensiv beteiligt hat, legt den ersten Kommentar der Öffentlichkeit vor. Trotz der Schnelligkeit des Erscheinens bietet dieser Kommentar viele Vorzüge. Der Verfasser, der wie nur wenige die umfangreiche Literatur beherrscht, ist als Fachmann auf dem Kartell- und Konzerngebiet bekannt. Wie es in der Gegenwart im Gegensatz zu früher üblich geworden ist, behandelt er dieses Problem in erster Linie als Jurist, der aber auch über weitreichende Erkenntnisse und Erfahrungen auf wirtschaftlichem Gebiete verfügt. Dies schließt nicht aus, daß man seiner wirtschaftlichen Einstellung nicht restlos folgen kann.

Es freut mich, daß er gerade in einer grundlegenden Wirtschaftsfrage, wenn auch in abweichendem Sinne auf eine Veröffentlichung von mir Bezug nimmt. In seiner bemerkenswerten, knapp und treffend gefaßten Auseinandersetzung mit den Argumenten der Anhänger einer Mißbrauchsgesetzgebung vermerkt er unter anderem meine in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 14. 8. 1954 geäußerte Ansicht, nach der Kartellpreise vom Staate leichter überwacht werden können als Marktpreise. Dazu meint er, daß diese Ansicht richtig sein mag, sie aber ohne Beweiskraft sei. Weiter heißt es: „In einer marktwirtschaftlichen Ordnung besteht außer der Geldpolitik der Notenbank und einer sinnvollen Finanz- und Steuerpolitik kein Interesse an staatlicher Preisüberwachung und -beeinflussung, da es keinen richtigeren Preis als den Wettbewerbspreis gibt.“ Diese eindrucksvolle Auffassung entspricht der Grundeinstellung der Neoliberalen Freiburger Schule. Ich wünschte, diese Ansicht wäre richtig; aber leider zeigt die Wirklichkeit ein anderes Bild. In unserer sozialen Marktwirtschaft ist der Bundeswirtschaftsminister mit großer Tatkraft und in dankenswerter Weise bemüht, die Preise und auch die Löhne in der Richtung einer Stabilisierung zu beeinflussen. Es ist zur Zeit ein leider noch ungelöstes Problem, ob und wie Löhne und Preise in einer Marktwirtschaft mit Vollbeschäftigung stabil gehalten werden können.

Als Bekenner zur Freiburger Schule ist Rasch ein Anhänger der Verbotsgesetzgebung. Nach Verabschiedung des Gesetzes ist aber diese Unterscheidung nicht mehr von wesentlicher Bedeutung. Beide Seiten sind für eine Aufsichtsgesetzgebung, beide Seiten wünschen keine Massenkartellierung. Nun unterscheidet sie nur die Handhabung dieses Gesetzes als Instrument zur Aufrechterhaltung der Marktwirtschaft oder der Wiedereinführung einer Zwangswirtschaft. Der Weg ist frei für ein Zusammenwirken beider Seiten im Sinne einer gesunden sozialen Marktwirtschaft. Es gilt nun die Formen einer solchen Zusammenarbeit zu finden.

Wenn auch weitere und später — wie seiner Zeit zur Kartell-Verordnung von 1923 — sogar grundlegende Kommentare zu erwarten sind, ist dieser Erst-Kommentar in seinem sachlichen Streben und in seiner praktischen Fassung sehr zu begrüßen.

Max Metzner - Berlin

L a n g e n , E u g e n : *Das Kartellgesetz. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen mit Erläuterungen für die Praxis.* Neuwied/Rhein 1957. Hermann Luchterhand Verlag. 310 S.

Es handelt sich bei diesem Buch um eine Textausgabe des „Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ mit Erläuterungen aus der Feder des Rechtsanwalts am Oberlandesgericht Düsseldorf und Lehrbeauftragten an der Universität Köln, Dr. Eugen Langen, der sich seit langem mit Kartellfragen beschäftigt hat und als hervorragender Experte des Kartellrechts gelten kann. Beigegeben sind in drei Anhängen Auszüge aus den Bestimmungen über Wettbewerbsregeln im Vertrag über den Gemeinsamen Markt, aus dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und aus dem Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 29. 10. 1954 zwischen der Bundesrepublik und den USA. Dadurch bekommt diese Gesetzesausgabe, die kein vorzeitiger Kommentar ist und sein will, ihren besonderen Wert.

G e o r g J a h n - Berlin

D ü r r , E r n s t : *Die Liberalisierung des internationalen Versicherungsverkehrs* (Versicherungsforschung, Schriftenreihe für internationalen Gedankenaustausch über sozial- und privatwirtschaftlichen Versicherungsschutz, Heft 1). Berlin 1956. Verlag Duncker & Humblot. 159 S.

Die vorliegende Schrift lenkt unsere Gedanken automatisch auf die Ereignisse der großen Wirtschaftskrise Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre zurück, die gewissermaßen zum Ausgangspunkt für einen gelenkten intervalutarischen Zahlungsverkehr wurde. Die Reichsregierung damaliger Zeit sah hierin die einzige Lösung, den nach vorangegangener Anspannung auf den Geldplätzen New York und London und nach dem Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt im Frühjahr 1931 einsetzenden und sich nach der Zahlungseinstellung der Darmstädter und Nationalbank am 13. Juli 1931 verstärkenden Abzug von nach der Inflation von 1923 nach Deutschland geflossenen Überseekrediten abzustoppen. Durch Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Erlasse und Abkommen entstand nach und nach ein umfassendes System einer staatlich kontrollierten und gelenkten Devisenwirtschaft, die u. a. auch alle Leistungen im internationalen Versicherungsverkehr erfaßte, überwachte und regelte. Über Jahre hinaus waren zum überwiegenden Teil bilaterale Abkommen, die darüber hinaus ob ihrer kurzen Geltungsdauer oftmals verlängert werden mußten, die Grundlagen für jegliche Zahlungen.

Erst einige Jahre nach Beendigung des Krieges wurden erste Versuche zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs gemacht, und zwar der Art, daß Deutschland als Gegenleistung für wirtschaftliche Hilfe nach Kräften eine normalisierte Zusammenarbeit auf dem Gebiete des zwischenländischen Waren- und Dienstleistungsverkehrs erstreben sollte. Diese Verpflichtung wurde allen übrigen unterstützten Ländern ebenfalls auferlegt, so daß die Liberalisierung eines der Ziele der OEEC,

die gleichfalls als internationale Dachorganisation alle diesbezüglichen Maßnahmen zu koordinieren suchte, schrittweise verwirklicht werden konnte.

Dürr nun hat sich in seinem Buch nach einer allgemeinen Einleitung mit allen Problemen, die mit dem internationalen Versicherungsverkehr zusammenhängen, auseinandergesetzt und bringt, nicht ohne zuvor auf „die besondere Bedeutung der Liberalisierung für die Versicherung“ (Kap. II) hingewiesen zu haben, eine detaillierte Darstellung der „durch die OEEC getroffenen Maßnahmen zur Verwirklichung der Liberalisierung“ (Kap. III), um im nächsten Kapitel auf „Die Verwirklichung der Beschlüsse der OEEC durch die Teilnehmerstaaten“ (Kap. IV) einzugehen. Während Dürr in Kap. III eine Zusammenfassung der getroffenen Maßnahmen mehr vom Gesichtspunkt der Zielsetzung her bringt und sich auch schon kritisch damit auseinandersetzt, führt uns das folgende Kapitel IV in die sich bei der Verwirklichung aller Beschlüsse ergebende Problematik ein, die von Land zu Land durchaus unterschiedlich ist. Der generellen Kritik wird damit eine partielle, besser noch eine nationale gegenübergestellt. Eine derartige Abhandlung erfordert zwangsläufig die Erarbeitung von „Wege(n) zur vollkommenen Liberalisierung des Versicherungsverkehrs“ (Kap. V). Dürr folgt dieser Logik und verweist in diesem Schlußkapitel auf verschiedene Möglichkeiten zur endgültigen Liberalisierung. Neben eigenen Gedanken finden sich hier vor allem auch offizielle Ansätze, die insbesondere in Konferenzen oder bei anderen Zusammenkünften erarbeitet wurden.

Alles in allem handelt es sich bei dieser Schrift um eine geschlossene Darstellung aller bisherigen Liberalisierungsmaßnahmen, die der Versicherungspraxis und der Wissenschaft gleichermaßen dienen und auch dem wirtschaftspolitisch Interessierten ein wertvolles Nachschlagewerk in die Hand geben.

F. W. Wichmann - Lüneburg

Röper, Burkhardt: *Wirtschaftsnachrichten in der Weltpresse*. (Dalp-Taschenbücher Band 308.) Verlag Lehnen, München.

Der durch mehrere wirtschaftstheoretische Arbeiten bekannte Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule Aachen stellt sich in dem vorliegenden, sowohl der Praxis wie dem Studierenden dienenden Taschenbuch die Aufgabe, einen kurzen, aber gründlichen und verlässlichen Leitfaden über die *Wirtschaftsnachrichten* zu geben unter steter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge. Es kann als Orientierungswerk warm empfohlen werden.

Friedrich Bülow - Berlin